Münzenmaiers MAGAZIN
03/2020
Unzensierte Nachrichten aus erster Hand

AUF DEM WEG IN DIE CORONA-DIKTATUR?

Grußwort von Dr. Alexander Gauland

Antiextremismus – Kampagne

Indymedia verbieten!

Ab Seite 16

Auf dem Weg in die Corona–Diktatur?

Korruption & Lobbyismus:
Das schwarze Geld

Ab Seite 5

Kampagnenaufruf:
Linksextremismus stoppen – Indymedia verbieten!

Seite 41

Inhaltsverzeichnis

Vorwort Sebastian Münzenmaier.....Seite 3

Grußwort von Dr. Alexander Gauland.....Seite 4

Zur Corona-Krise

Auf dem Weg in die Corona-Diktatur?.....ab Seite 16

Tourismuswirtschaft vor dem Kollaps.....Seite 21

Rede von Sebastian Münzenmaier zum Corona-Lockdown.....ab Seite 24

Gesundheitsamtschef zerlegt Söders Corona-Kurs.....ab Seite 26

Die gesundheitliche Kehrseite der Corona-Hysterie.....ab Seite 28

Das Corona-Denunziationsportal der Stadt Essen.....ab Seite 29

Linksextremismus in Deutschland

Die Gefahr des Linksextremismus in Deutschland.....ab Seite 35

Rambo Ramelow zeigt AfD Stinkefinger.....Seite 40

Kampagnenaufruf: Indymedia verbieten.....Seite 41

Hintergründe & Tagespolitik

Das schwarze Geld.....ab Seite 5

Staatstrojaner für Rassismusstudie.....ab Seite 8

Moralextremismus zur Einschränkung der Meinungsfreiheit.....ab Seite 10

Haltungsjournalismus und der Wunsch vom großen Skandal....ab Seite 14

Cheblis Auftritt bei Kurt Krömer.....ab Seite 32

Asylmigranten überdurchschnittlich tatverdächtig.....Seite 34

Sonstiges

Aktiv für Deutschland - Bildergalerie.....ab Seite 22
Realsatire - Fundstücke im Netz.....Seite 31

Rätsel.....Seite 42
Kontakt + Impressum.....Seite 43

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

der Winter steht vor der Tür und in einer Zeit, in der wir uns normalerweise alle auf die ersten Weihnachtsmärkte, den Duft von Tannennadeln und einen dampfenden Glühwein freuen würden, müssen wir uns mit einer der schwersten Krisen für unsere Wirtschaft und für unsere Demokratie befassen. Der erneute Lockdown der Kanzlerin ist unter wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Gesichtspunkten nicht zu rechtfertigen. Und trotzdem leiden wir alle darunter. Ich persönlich muss in diesen Tagen vor allem an die denken, die vom „Wellenbrecher" der Lockdown-Kanzlerin besonders hart getroffen werden: Restaurantbetreiber und –angestellte, Tätowierer, Kosmetikerinnen, Kinobesitzer, Fitnesstudioinhaber und –mitarbeiter, Barbetreiber und und und … Ihnen allen wurde der Boden unter den Füßen weggezogen und unzählige Existenzen stehen vor dem Aus. Ich kann Ihnen nur versprechen, dass wir an Ihrer Seite stehen und dass wir als Oppositionsfraktion im Deutschen Bundestag alles dafür tun werden, dass dieser unsägliche Zustand möglichst schnell beendet wird – politisch und gerichtlich!

Ich persönlich finanziere einigen Gastronomen aus Rheinland-Pfalz eine Klage gegen die unverhältnismäßige Corona-Verordnung und ich werde mich auch politisch mit aller Kraft für Sie einsetzen. In solch schwierigen Zeiten für ein Land stellt sich die große Frage, wie man persönlich mit dieser Notlage umgeht. Ist das Corona-Regime dieser Kanzlerin der Anfang vom Ende der parlamentarischen Demokratie mit Freiheits- und Grundrechten, wie wir sie gewohnt sind? Oder ist der zweite Lockdown die Initialzündung für Millionen von Menschen, die nicht mehr bereit sind die übergriffige Politik einer Allparteienkoalition von SED-Erben bis hin zur Waschlappen-FDP zu erdulden?

Als Optimist baue und zähle ich auf den gesunden Menschenverstand unserer Bürger und bin überzeugt davon, dass sich im nächsten Jahr einiges ändern wird!

Wenn wir dieses Land aber ändern wollen, müssen wir Mehrheiten gewinnen. Und der Weg zu einem deutlichen Stimmenzuwachs bei der nächsten Bundestagswahl funktioniert nur über den direkten Kontakt zum Bürger – trotz Lockdown!

Dieses Magazin soll einen kleinen Beitrag dazu leisten, dass Sie Ihr Umfeld, Ihre Kollegen und Ihre Nachbarschaft mit unseren guten Ideen und Positionen versorgen können. Schließlich haben viele Menschen in diesem Land momentan gezwungenermaßen etwas mehr Zeit für die ruhige Lektüre vor dem eigenen Kamin.

Ich danke Ihnen für die bisherige Unterstützung und zähle auch weiterhin auf Sie: bei der Verbreitung unserer Ideen, beim Listenparteitag am 21.11. in Rheinland-Pfalz und nicht zuletzt in meiner alltäglichen Arbeit:

Gemeinsam werden wir Deutschland verändern!

Herzlich grüßt, Ihr

Sebastian Münzenmaier

Dr. Alexander Gauland

Grußworte für Sebastian Münzenmaier

Mit Sebastian Münzenmaier verfügt sein Kreisverband Mainz und die ganze AfD Rheinland-Pfalz über einen hervorragenden Jungpolitiker. Als Vorsitzender des Tourismusausschusses und insbesondere als stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Bundestag gehört er zu den tragenden Säulen des Fraktionsvorstands und der Partei. In der Fraktion erlebe ich ihn als einen konstruktiven Kollegen, der auch wenn es heiß zugeht, nicht aus der Politikküche rennt. Im Gegenteil – er läuft zur Hochform auf und behält den sprichwörtlich kühlen Kopf. In seiner Funktion als Ausschussvorsitzender repräsentiert er die AfD souverän und macht unserer Fraktion alle Ehre.

Sebastian Münzenmaier setzt mit seinen pointierten und gleichzeitig sachkundigen Reden im Bundestag positive Zeichen. Unsere politischen Gegner nehmen ihn mit seiner Scharfzüngigkeit und seinem Sachverstand ernst. Wir werden sie jagen – das setzt Sebastian Münzenmaier gekonnt um.

Unsere Fraktion ist der Motor der Debatten im Bundestag. Insbesondere im Wahlkampf, spätestens ab Januar 2021, wird die Schärfe in den Debatten zunehmen und vor allem die AfD treffen. Im Plenum geht es dann um zentrale politische Weichenstellungen: Wie weiter in der Corona-Krise? Welche wirtschaftlichen und sozialen Folgen kommen auf die Bürger zu? Und wie geht die Bundesregierung mit der anschwellenden Migrationskrise um? Viele Bürger setzen hier Hoffnungen in uns. Die AfD ist die einzige politische Kraft, die noch gesunden Menschenverstand besitzt.

Wir sind auch die Partei, die die „Wahrheiten" der Altparteien bezweifelt: sei es der Verbotspopulismus bei Corona, der angebliche menschengemachte Klimawandel, Diesellügen und unsinnige Fahrverbote, die Abkehr vom Nationalstaat zugunsten einer schwer verdaulichen Multikulti-Soße und nicht zuletzt Merkels so genannte alternativlose Politik, die einem Ausverkauf deutscher Interessen gleichkommt.

Vor uns liegt ein Wahljahr mit mehreren Landtagswahlen und als Höhepunkt die Bundestagswahl im Herbst 2021. In Rheinland-Pfalz wird sich die Landtagsfraktion am 14 März den Wählern stellen. Wie im Bundestag ist die AfD im Mainzer Deutschhaus eine putzmuntere Opposition, die der Ampel-Regierung ordentlich Beine macht. Damit die Ampel abgeschaltet wird, muss die Landtagsfraktion geschlossen auftreten – nach innen wie nach außen. Nur wenn wir einig sind, Vertrauen erwecken, dann wählen uns die Bürger.

Politiker wie Sebastian Münzenmaier vermitteln den Bürgern dieses Vertrauen. Ich bin mir sicher, dass die AfD zwischen Eifel, Rheinhessen und Pfalz ein gutes Ergebnis erzielen wird. Und das, was ich dafür gemeinsam mit Sebastian Münzenmaier und anderen Parteifreunden tun kann, leiste ich im Wahlkampf sehr gerne.

Mit herzlichen Grüßen!

Ihr Dr. Alexander Gauland

Steuerverschwendung, Lobbyismus, Korruption

Das schwarze Geld

Donald Duck ist die wohl bekannteste Ente der Welt. Immer stilecht mit hellblauer Matrosenmütze ausgestattet, vertreibt sich das tollpatschige Federtier die Zeit in seiner Heimat Entenhausen. Sein Onkel Dagobert, welcher als reichste Ente der Welt gilt und seinen Reichtum ständig vermehren möchte, ist dabei seine wichtigste Bezugsperson. Der rüstige Enterich, dem halb Entenhausen gehört und der gerne mit schwarzem Zylinder und rotem Mantel auftritt, dürfte in der heutigen Zeit große Sympathien für die Union aus Christdemokraten und Christlich-Sozialen haben. Sehr eindrücklich teilt der Enten-Rentner, welcher nur allzu gerne mit einem satten Köpfer in sein Schwimmbecken voller goldener Münzen springt, die große Liebe zahlreicher Unionspolitiker: Geld. Doch statt sparsam wie Dagobert Duck zu sein, der penibel auf jeden ausgegebenen Taler und Kreuzer achtet, zeigt sich in der Realität der Union leider ein komplett anderer Umgang mit den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln: die Steuern der hart arbeitenden Bevölkerung werden aufgrund von Geltungsdrang und purem Leichtsinn leichtfertig verpulvert, im Gegensatz dazu wird die eigene Brieftasche fleißig gefüllt.

Hierbei stehen die aktuellen Politiker in bester Partei-Tradition. Schon am 27. Mai 1972 reichten 50.000 Mark von der StaSi aus, um den CDU-Abgeordneten Julius Steiner im konstruktiven Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Willy Brandt zu schmieren. Knapp dreißig Jahre später erschütterte die „Schwarze-Koffer"-Spendenaffäre die Union. Noch heute aktive Politiker wie Wolfgang Schäuble, welcher in einem Bonner Hotel 100.000 Mark erhielt, gerieten in den Sog von Finanz-Ermittlungen, die einen Schatten auf die Kanzlerschaft von Helmut Kohl werfen sollten. Doch die Geschichte ist längst auch in der Gegenwart angekommen. Wie die unendliche Linie des Dax durchziehen Finanzskandale die Geschichte der Parteien, welche sich auf ihren Wahlplakaten gerne mit vertrauenserweckenden Begriffen wie Vernunft, Sicherheit und Beständigkeit schmücken. Dabei reichen die Spuren der Geldsucht vom Bundestag bis auf ein zwielichtiges Hofgestüt im Hunsrück.

Die Steuerverschwender der Nation

Während Onkel Dagobert gerne wortwörtlich in seinem Geld schwimmt, könnten Jens Spahn und Andreas Scheuer ganze Bäderlandschaften mit ihren verschwendeten öffentlichen Mitteln füllen.

Der Bankkaufmann und Gesundheitsminister Spahn steht wegen einer völlig außer Kontrolle geratenen Masken-Shoppingtour ordentlich in der Staatskreide. Nachdem zum Anfang der Corona-Pandemie mangels geordneter Vorbereitung vonseiten der Bundesregierung eine Knappheit an Schutzkleidung offensichtlich wurde, geriet Spahn in einen regelrechten Shoppingrausch und legte eine Art Abonnementvertrag vor, welcher Massenherstellern eine Fix-Summe pro gelieferter Schutzmaske garantierte. Über 250 Millionen überflüssige Schutzstoffe im Wert von 275 Millionen wurden schlussendlich ans Ausland verschenkt.

Zahlreiche Maskenhersteller haben mittlerweile Klage eingereicht, da das Ministerium den versprochenen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommt. Nach einer Schätzung von Juristen und unabhängigen Experten rollt eine Klagewelle in Höhe von circa 400 Millionen Euro auf die Bundesregierung zu. Falls die Forderungen juristisch bestätigt werden, verbucht der Gesundheitsminister schon einmal knapp 675 Millionen Euro Steuerverschwendung in seiner Bilanz. In offiziellen Zahlen übertrifft Spahn damit sogar Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer, welcher im Maut-Debakel durch übereilte Unterschriften und unzureichende Prüfung eine ähnliche hohe Summe zu verantworten hat. Da Verkehrsminister Scheuer die milliardenschweren Verträge schon vor dem abschließenden Urteil des Europäischen Gerichtshofs abgeschlossen hatte, fordern die Betreiberfirmen Kapsch und CTS Eventim knapp 560 Millionen Euro Schadensersatz. Trotz dieses Versagens auf allen Ebenen ist der Bayer mit fragwürdigem Doktortitel bis heute im Amt. Dass Scheuer nun seit Monaten den eingerichteten Untersuchungsausschuss zur Maut-Affäre blockiert, Akteneinsichten verhindert und gezielt belastende Handydaten löscht, ist die Krönung eines für Minister unwürdigen Verhaltens, das wohl als einmalig in die Geschichte der Bundesrepublik eingehen wird. Hinzu sollen zwei internationale Großkanzleien knapp 13 Millionen Euro am Maut-Projekt mitverdient haben und der vom Bundesverkehrsministerium eingeschaltete Anwalt schlappe 675 Euro Steuergelder pro Stunde absahnen. Dies ist dann wohl die berühmte Kirsche auf der Scheuersteuervernichtungstorte.

Mit der AfD in politischer Verantwortung wäre diese Praxis nicht möglich. Schon im Grundsatzprogramm für die Bundestagswahl 2017 fordert die Alternative einen neuen Strafbestand der Haushaltsuntreue. Eine dem Gemeinwohl schädliche Steuerverschwendung wäre bei Einführung dieses neuen Bestandes strafbar. Leider lehnen die Altparteien diesen Entwurf schon seit 2017 ab. Sie werden schon wissen, warum!

Der junge Augustus – Lobbyist

Auch die jüngsten Unions-Politiker scheinen dem Ruf des Geldes verfallen zu sein. Das beste Beispiel dafür ist der derzeitige „Jungstar" der Union, Philipp Amthor. Der Spiegel hatte am 12. Juni unter der vielsagenden Überschrift „Ist der CDU-Jungstar käuflich?" Schriftwechsel und interne Unterlagen der zwielichtigen New Yorker Firma Augustus Intelligence vorgelegt, für die Amthor nachweislich Lobbyarbeit beim Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier betrieben hatte. Darüber hinaus konnte das Hamburger Blatt belegen, dass Amthor einen Direktorenposten des Unternehmens innehatte und zahlreiche Luxusreisen mit Champagner und Kaviar mit Mitarbeitern des Unternehmens absolvierte. Nicht verwunderlich ist darüber hinaus, dass das lobbyierte Unternehmen in der Führungsetage weitere christdemokratische Prominenz wie Karl Theodor zu Guttenberg zu bieten hat. Geldgeschäfte in bester Partei-Gesellschaft.

Rheinland – Pfalz: Klöckner spielt „Mäusschen"

Im Herbst 2016 bestätigte der CDU-Landesverband Rheinland-Pfalz, mehrere Zehntausend Euro Parteispenden angenommen und nicht korrekt verbucht zu haben. Die Gelder kamen von einem Phantom, welches bis heute im Südwesten der

Republik eine Art Kultstatus besitzt: Der frühere Geheimagent Werner Mauss mit seiner Zweitidentität Richard Nelson. Der umtriebige Geheimagent, welcher hauptsächlich als V-Mann tätig gewesen war und zahlreiche Identitäten besitzt, soll für die Landes-CDU kräftig ins Portemonnaie gegriffen haben. Nach Bekanntgabe der nicht verbuchten Spenden versprach Julia Klöckner, Landeschefin und derzeit Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, lückenlose Aufklärung des Mauss-Skandals. Die Christdemokratin selbst hatte den deutschen James Bond auf dessen Pferdegestüt im Hunsrück 2010 besucht. Natürlich nur zu privaten Zwecken.

Ende 2017 wollten sich die Christdemokraten die eingezogenen Spenden und Sanktionszahlungen schon wieder zurückholen. Die Bundestagsverwaltung stellte dazu fest, dass 13.000 Euro rechtmäßig verbucht worden waren. Die weiteren Spenden, welche eine sechsstellige Höhe auswiesen, seien illegal. Mauss selbst, welcher sich seine

zwielichtigen Aktivitäten wohl fürstlich von der Bundesrepublik entlohnen ließ, stand übrigens wegen Steuerhinterziehung vor Gericht. Gleich und Gleich gesellt sich eben gerne.

Schwarzes Geld — eine Liebesgeschichte ohne Ende

Ähnlich wie Dagobert Duck mit seinen Talern und Kreuzern empfinden auch zahlreiche Abgeordnete der Union eine geradezu ungesunde Zuneigung zum Geld. Zählt man alle Beträge aus Schwarzgeldern, Spendenaffären und Steuerverschwendung dieses Artikels zusammen, denkt man allerdings weniger an den sympathischen Dagobert als vielmehr an die berüchtigte Panzerknackerbande, die auf kriminelle Weise versucht, den braven Bürgern Entenhausens ihren Besitz abzujagen.

Offensichtlich geworden ist auch, dass die Politiker der Christdemokraten trotz offensichtlicher Verfehlungen weiter Karriere machen können, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen. In der CDU gibt es augenscheinlich viele Personen mit dem Glück eines Gustav Gans und der Moral eines Comic-Schurken.

Falls auch Ihnen die Scheinchen aus der Tasche ragen und Sie nach der Lektüre dieses Artikels mit Ihrem hart verdienten Geld etwas Gutes tun wollen, spenden Sie es doch mit dem Verwendungszweck:

„Wahlkampf Münzenmaier“
an die AfD Mainz unter der
IBAN: DE68 5519 0000 0872 3900 18.

Und das Beste ist: Ihre Spende können Sie sogar noch steuerlich absetzen, bevor die skrupellose CDU-Politiker Ihre zu hohen Steuern verschleudern!

Beliebter Netzartikel

Kommt sie oder kommt sie nicht?

Monatelang hat die Bundesregierung über eine Rassismusstudie bei der Polizei diskutiert. Dabei bestimmte die politisch immer weiter nach links rückende SPD die Debatte lange medial und befeuerte mit verschiedenen Äußerungen die angeblichen Probleme im Beamtenapparat. Die öffentlichkeitswirksamste Meldung lieferte die Vorsitzende der ehemaligen Volkspartei, Saskia Esken. Diese unterstellte den Sicherheitskräften des Landes im Zuge der Black-Lives-Matter-Demonstrationen in den USA einen latenten Rassismus.

Innenminister Horst Seehofer weigerte sich lange, einer Studie dieser Art zuzustimmen. Noch im Juli verkündete der CSU-Mann seine Ablehnung des Forschungsprojekts und erklärte, dass kein strukturelles Problem mit Rassismus oder Rechtsextremismus in den Reihen der Polizei vorhanden sei.

Nach Monaten der öffentlichen Diskussion hat sich die Große Koalition auf einen Kompromiss geeinigt. Seehofer soll sich bei einem Treffen mit Kanzlerin Angela Merkel und ihrem Vize Olaf Scholz den Forderungen der SPD angenähert haben. Jedoch sind die verabredeten Studien nur ein Teil des Deals. Dieser wirft mehr Fragen als Antworten auf und könnte die Freiheits- und Bürgerrechte der Menschen in Deutschland massiv bedrohen.

Was eine diskutierte Rassismusstudie mit der erweiterten Überwachung der Deutschen zu tun hat, lesen Sie im Folgenden.

Seehofers Rechtfertigung und Zugeständnisse

Seehofer betonte im Nachgang des Treffens, dass die verabredete Betrachtung keine explizite Rassismusuntersuchung werden würde. In einer Pressemitteilung des Innenministeriums äußerte sich der 71-Jährige dahingehend, dass es keine Studie gebe, welche sich „mit Unterstellungen und Vorwürfen“ gegen die Beamten richte.
Untersucht werden sollen die Alltagserfahrungen der Polizisten und gleichzeitig deren Anspruch, dass für Extremismus und Rassismus im öffentlichen Dienst kein Platz sei.
Des Weiteren werde eine Studie den Alltagsrassismus sowie die Verbreitung diskriminierender Handlungen in der Gesellschaft und Geschäftszweigen in den Blick nehmen. Auch öffentliche Institutionen sollen in die Untersuchung miteinbezogen werden. Keine Angaben gab es zur genauen Umsetzung des Vorhabens.

Jedoch soll Seehofer Verhandlungspartner Scholz darüber hinaus in der Frage nach einem Rassismusbeauftragten der Bundesregierung entgegengekommen sein, ebenso in der Diskussion um die Streichung des Rassebegriffes aus dem Grundgesetz.

Im Schatten der Studie: Leise Verabredung zu Staatstrojanern

Bei besagtem Scholz-Merkel-Seehofer-Gipfel wurden im Schatten der Studien weitere strittige Themen behandelt und Entschlüsse gefasst. Das Trio soll hierbei eine Ausweitung der Überwachungsbefugnisse der inländischen Geheimdienste verabredet haben. Demnach soll es den Diensten in Zukunft erlaubt werden, Trojaner auf Mobiltelefone zu spielen und Nachrichten und Anrufe über Apps aufzeichnen zu können. Dies würde eine enorme Ausweitung der Kompetenzen bei der Sammlung personenbezogener Daten bedeuten.

Der schmutzige Deal

Während die großen Nachrichtenmagazine hauptsächlich die Wirksamkeit der verabredeten Studien zu Rassismus diskutieren, hat das Dreiergespann Seehofer, Merkel und Scholz eine weit bedeutendere Ausweitung der Befugnisse für die Inlandsgeheimdienste beschlossen. In Zeiten der enormen Einschränkung der Freiheits- und Bürgerrechte der Deutschen hat dieser Teil des Deals eine Signalwirkung. Durch die Ausweitung der Berechtigungen scheint eine Kontrolle der Dienste in Deutschland beinahe nicht mehr möglich, die gezielten Eingriffe in die Privatsphäre der Bürger nehmen unablässig zu. In Anbetracht der zunehmenden Überwachung wirken die groß inszenierten Studien zu angeblichem Rassismus in der Gesellschaft nebensächlich. Ein schmutziger Deal der Groko-Partner zu Lasten der Freiheit.

Magazin verpasst?

Auf meiner Netzseite können Sie sämtliche bisher erschienen Magazine einsehen und downloaden. Auch die jeweils aktuelle Ausgabe wird dort kostenlos angeboten.

www.sebastian–muenzenmaier.de/muenzenmaiers–magazin

Der Moralextremismus zur Einschränkung der Meinungsfreiheit

Kaum ein Satz von Kanzlerin Angela Merkel wird sich so ins kollektive Gedächtnis eingebrannt haben wie die folgenschwere Durchhalteparole „Wir schaffen das“ des Jahres 2015. Dieser Versuch, in einem selbst verschuldeten Chaos so etwas wie Optimismus an das Volk bzw. die „schon länger hier Lebenden“ auszusenden, ging auf lange Sicht gründlich schief. Fünf Jahre danach lohnt es sich als Betrachter politischer Diskurse, den Blick auf eine andere prägende Formulierung der Kanzlerin zu legen, die genau genommen ähnlich schwerwiegende Folgen für die Debattenkultur und den Zusammenhalt der Gesellschaft hatte. Zu der schwerwiegenden Entscheidung, eine gewaltige Sogwirkung auf Europa durch die Aufnahme unzähliger Migranten zu verursachen, sagte Merkel:

„Das war nicht mehr und nicht weniger als ein humanitärer Imperativ.“

Mit diesen Worten sollte für die Nachwelt die Rechtmäßigkeit ihres Handelns zementiert werden. Nicht etwa juristisch oder dem Amtseid folgend, sondern als Akt einer höheren und unantastbaren Moral.

Die Aussage, sie habe nach einem humanitären Imperativ gehandelt, bedeutet im Umkehrschluss, dass jegliche andere Option unmenschlich und somit als moralisch verwerflich angesehen werden muss. Angela Merkel bezeichnete ihre Politik bereits bei der sogenannten Euro-Rettung als „alternativlos“ (und trug so wesentlich zum Namen der AfD bei), aber diesmal sollte es anders sein. Die Alternativlosigkeit ergibt sich nun nicht mehr in einer angeblich praktischen Abwägung von Vor- und Nachteilen eigener sowie fremder Interessen, sondern unterteilt politisches Handeln in einfache Kategorien: menschlich oder unmenschlich, gut oder böse, schwarz oder weiß, moralisch oder unmoralisch.

Das Ende pragmatischen Handelns

Diese nahezu infantile Vereinfachung in der Bewertung politischen Handelns ist mittlerweile aber mitnichten nur beim Thema Migration zu beobachten. Egal welchem politischen Feld man sich nähert, überall gibt es moralische Fallstricke, welche den Diskurs einengen und in eine bestimmte Richtung lenken sollen.

In der Familienpolitik gelten beispielsweise alle positiven Äußerungen zu sogenannten klassischen Rollen- oder Familienbildern als generell reaktionär, mindestens aber nicht mehr zeitgemäß. Weiter darf keiner Minderheit zu wenig Beachtung geschenkt werden, so gering ihr Anteil an der Gesamtgesellschaft auch sein mag. Andernfalls droht ebenfalls der Vorwurf, sich unmoralisch zu verhalten.

Minderheiten sind auch in jeglicher Art von Gesellschaftspolitik der springende Punkt. Die deutsche Gesellschaft ist grundsätzlich durchsetzt von Rassismus. So lautet der allgemeine und unreflektierte Vorwurf, welcher als unbestreitbare Tatsache dargestellt wird. Diesen Umstand zu relativieren oder gar zu bestreiten, führt geradewegs ins politische Abseits. Als noch schlimmer wird es nur angesehen, wenn eine Person des öffentlichen Lebens anmerkt, es würde sich zu viel um die Partikularinteressen von Minderheiten oder zu wenig um das Wohl der autochthonen Bürger (Den „schon länger hier Lebenden“) gekümmert. Überschreitet man diese Linie, steht das Urteil ohne jedes „in dubio pro reo“ bereits fest. Eine Person, welche sich in dieser Weise öffentlich äußert, muss damit rechnen, als „Faschist“ oder sogar „Nazi“ gebrandmarkt zu werden.
Der absolute Moralanspruch ist auch im Bereich der Umweltpolitik zu finden. Der radikalen Agenda von einzelnen Klimaschutzorganisationen wie Fridays-for-Future oder Extinction Rebellion nicht zu folgen bzw. diesen zu energisch zu widersprechen, kann schnell zum Dogma des „Klimaleugners“ und zur Ächtung des Meinungsäußernden als Verschwörungstheoretiker führen.

Das sind nur einige Beispiele, bei welchen der Pragmatismus immer unter vermeintlich höherem Moralismus zurückstecken soll. Die Liste ließe sich mit Gender-, Arbeits-, Außen- oder Wirtschaftspolitik beliebig lang fortsetzen. Der Sprach- und Gedankenkorridor wird damit so weit verengt, dass am Ende immer nur eine Richtung zulässig ist. Jeder, der sich gedanklich außerhalb davon bewegt, wird de facto zur aussätzigen Randfigur erklärt, deren Meinung im schlimmsten Fall ein Verbrechen darstellt. Die Kriminalisierung von politischen Meinungen sowie Überzeugungen schreitet in unserem Lande rapide voran und hat bereits totalitäre Züge angenommen.

Die Meinungshegemonie einer Minderheit

Werden Diskurse und politische Entscheidungsprozesse von einer allgemeingültigen Moral begrenzt, stellt sich unweigerlich die Frage, wer diese Grenzen bzw. die dogmatischen Grundsätze bestimmt. Diese Frage ist mittlerweile schwerer zu beantworten als in früheren Zeiten. Damals dominierten öffentliche Institutionen, wie beispielsweise die Kirchen, das gesellschaftliche Klima. Ein Zustand, den die Aufklärung in Europa überwunden zu haben glaubte. Diese wollte einen fakten- und geistesbasierten Diskurs ermöglichen, jenseits von gesetzter und diktierter Moralität.

Viele Bürger, die von gesellschaftlicher Ausgrenzung wegen unmoralischer Weltanschauung oder Meinung betroffen sind, machen Linke oder Linksgrüne als federführend aus. Mag dies in der Vergangenheit noch zutreffend gewesen sein, greift dies aus heutiger Sicht zu kurz.

Sicherlich gehen auch heute noch die größten Entrüstungs- und Empörungsströme von Politikern, Journalisten und Aktivisten aus, welche sich dem linken, grünen oder alternativen Spektrum zuordnen würden. Gerade in den großen Medienhäusern, vor allem beim zwangsfinanzierten Öffentlich-Rechtlichen Rundfunk, dominieren die Moralisten und damit der Geist der Unfreiheit. Dies würde aber nicht so weitreichende Folgen entfalten, würden auf diesen Zug nicht genauso Liberale, Bürgerliche und zum Teil auch Konservative aufspringen. Zu groß ist mittlerweile die Verlockung, die eigenen Aussagen unangreifbar zu machen, indem man sich des Rückhalts der Meinungsmacher in den Redaktionsstuben vergewissert. Politisch durch die besseren Argumente und Konzepte zu überzeugen ist deutlich mühseliger, als den Mitbewerber in eine Defensivhaltung zu drängen, indem man Aussagen oder auch nur verbale Versatzstücke nimmt, eine Erregungsspirale durch Skandalisierung in Gang bringt und dessen Meinung als randständig abqualifiziert.

Dies ist mittlerweile ein gängiges Mittel der politischen Auseinandersetzung geworden, sowohl zwischen Politikern verschiedener Strömungen als auch bei innerparteilichen Kontroversen. Dank der sozialen Medien ist bei jedem Sturm der moralischen Empörung sichergestellt, dass es genug Personen gibt, welche sich zum Richter der Menschlichkeit berufen fühlen und jeden Abweichler für missliebige Meinungen gnadenlos aburteilen und diffamieren.

Spaltung der Gesellschaft durch Schwarz–Weiß–Denken

Durch die bereits genannte Simplifizierung politischer Ansichten in gut oder böse wird die Spaltung der Gesellschaft weiter dramatisch vorangetrieben. Auf der einen Seite gibt es diejenigen, welche sich auf der Seite der Moral wähnen. Auf der anderen stehen die, welche von den selbsternannten Moralpredigern abgeurteilt und als nicht würdig erachtet werden, an gesellschaftlichen Diskursen teilzunehmen.

Die Moralisten bleiben unter sich, stets darauf lauernd, dass sich irgendeine Person des öffentlichen Lebens missverständlich oder abseits der Doktrin positioniert. Hierbei ist es egal, ob es sich um einen Politiker, Komiker, Kabarettist, Schauspieler, Journalist oder Fernsehmoderator handelt. Die Liste potenzieller Verstöße ist lang, die gängigsten lauten Rassismus, Sexismus, Misogynie, Homophobie, Fremdenfeindlichkeit, Deutschtümelei oder einfach nur Hetze. Über jeden Zweifel erhaben ist nur derjenige, welcher die eng gestrickten Regeln niemals verlässt. So großzügig die „Guten" sind, wenn Linksextreme oder selbst ernannte Antifaschisten ihre Gewaltaffinität zur Schau stellen, so gnadenlos sind sie bei „Abweichlern". Wer heute beispielsweise noch für seine „Haltung" gefeiert wird, wenn er sich gegen vermeintlichen Rassismus positioniert, kann schon morgen von der Filterblase verstoßen werden, wenn er sich gegen Frauenquoten ausspricht.

Auf der anderen Seite stehen die aus dem gesellschaftlichen „Konsens" Verstoßenen. Gebrandmarkt als „Gestrige", „Faschisten" oder „Rechtsextreme" soll ihnen, geht es nach den selbsternannten Moralwächtern, das Leben so schwer wie möglich gemacht werden. Von „Cancel Culture" ist mittlerweile vielerorts die Rede. Künstler, die sich abseits des „moralischen Imperatives" positionieren, sollen nicht mehr auftreten dürfen, nicht genehme Spitzensportler von Wettbewerben ausgeschlossen werden. Kabarettisten mögen bitte ihren Sendeplatz verlieren und Politiker nicht mehr in Talkshows eingeladen werden. Selbst dem normalen Bürger soll seine Arbeitsstelle genommen, seine wirtschaftliche Existenz vernichtet und eine gesellschaftliche Teilhabe verhindert werden, falls er sich zu angeblich unmoralischen Überzeugungen bekennt. Eine unbedachte Äußerung kann dazu führen, dass der Arbeitgeber durch massenhafte Drohnachrichten unter Druck gesetzt wird und der Arbeitsplatz schlussendlich verloren geht. Noch schlimmer wird es, wenn man ins Visier von Linksextremisten gerät, welche nachts das Auto in Brand setzen oder Steckbriefe in der Nachbarschaft verkleben. Auch das geschieht immer mit politischer Rückendeckung derer, die sich für die Vollstrecker des „Guten" und der Moral halten.

Die Meinungsfreiheit ist in Deutschland mittlerweile so gestaltet, dass zwar nicht-strafbare Meinungsäußerungen getätigt werden dürfen, aber bei Verletzung der immer erdrückender werdenden Moralvorstellungen damit gerechnet werden muss, sozial geächtet zu werden oder die berufliche Existenz zu verlieren. In den schlimmsten Fällen müssen die Betroffenen sogar Bedrohungen oder Gewalt erleben. Das ist zwar subtiler, als von einem autokratischen System für ein falsches Wort inhaftiert zu werden. Wirkungsvoll in der Unterdrückung von demokratischen Diskursen ist diese Praktik aber allemal.

Zurück zu echter Meinungsfreiheit

Meinungsfreiheit ist keine Beleidigungsfreiheit. Natürlich ist es zu verurteilen, wenn Personen direkt beleidigt oder ihnen mit Gewalt gedroht wird. Den Rahmen hierfür schafft das Strafgesetzbuch. Die klassische Familie als besonders schützenswert und förderungswürdig zu betrachten oder die Meinung zu vertreten, die Migration in Deutschland solle drastisch beschränkt werden, ist nicht strafbar und darf deswegen nicht mit schwerwiegenden Folgen für die Teilhabe an der Gesellschaft behaftet sein.
Dafür braucht es aber umso mehr mutige Bürger und insbesondere Personen, die über eine große Reichweite verfügen, welche sich lautstark gegen moralische Meinungsdiktate stellen und eine Lanze für unaufgeregte Diskurse brechen. Politiker, die es sich eben nicht einfach machen und eine wirkliche inhaltliche Auseinandersetzung suchen. Gerade Liberalen oder Bürgerlichen, die sich auf das Spiel der Moralextremisten einlassen, muss bewusst sein, dass sie jederzeit als nächstes ins Visier der neuen Inquisitoren geraten könnten.

Zurück zu echter Meinungsfreiheit bedeutet auch ein Zurück zu politischem Pragmatismus abseits von Dogmen und sogenannten moralischen Imperativen. Eine lebendige Demokratie kann es nur geben, wenn Versuche, andere Meinungen durch Stigmatisierungen oder repressiven Druck zu unterdrücken, keine Wirkung mehr entfalten. Das viel beschworene Miteinander-Sprechen kann eben nur auf Augenhöhe stattfinden.

Aber auch unser eigenes Wirken müssen wir hinterfragen. Auch wir müssen im Umgang untereinander und mit dem politischen Gegner in einen möglichst sauberen Wettstreit der Ideen gehen, ohne einander moralisierende und dogmatische Vorwürfe zu machen. Die ehrlich erworbene Meinung des Gegenübers sollte geachtet und respektiert werden, auch wenn sie nicht der eigenen entspricht. Ziel muss es sein, sich selbst von Argumenten überzeugen zu lassen oder den Gesprächspartner mit eigenen Argumenten zu überzeugen. Nur so funktioniert Demokratie.

Alternative Nachrichten

Damit Sie auf dem Laufenden bleiben!

In Zeiten, in denen viele etablierte Medien geradezu ungehemmt gegen unsere Bürgerpartei hetzen, ist es umso wichtiger, dass ich mit Ihnen direkt in Kontakt treten kann und Sie eine Berichterstattung ohne den Filter der politischen Korrektheit empfangen können!

Ich freue mich auf Ihre Anmeldung bei Telegram und über Ihr großes Interesse an meiner Arbeit! Gemeinsam werden wir den Altparteien weiterhin Druck machen und für ein weiteres Erstarken unserer AfD sorgen!

Abonnieren Sie jetzt den "Infokanal Münzenmaier" bei Telegram und erhalten Sie Neuigkeiten, Infos und Nachrichten aus erster Hand.

Jetzt Kanal abonnieren unter >> t.me/infokanal_muenzenmaier

oder suchen Sie in der Telegram–App nach "Infokanal Münzenmaier".

Leserbriefe

Sie sind gefragt!

Haben Sie Kritik oder Anregungen zu „Münzenmaiers Magazin"?

Sie möchten Ihre Meinung zu einem unserer Artikel sagen oder haben Ergänzungen zum Inhalt?

Dann schreiben Sie uns gerne einen Leserbrief mit dem Betreff: „Münzenmaiers Magazin – Leserbrief" an info@sebastian-muenzenmaier.de

Wir freuen uns auf Ihre Zuschriften und Anregungen!

Vom Haltungsjournalismus und dessen Wunsch vom großen Skandal

Psst! Folgende Zeilen nur allein oder unter engen Vertrauten lesen. Da schreibt jemand über die Medien und deren Machenschaften, ein Aussteiger. Über Jahre hinweg hat er für die Süddeutsche Zeitung gearbeitet und dadurch begriffen, wie der Hase läuft mit der Verdachtsberichterstattung, den Vorverurteilungen und dem viel beschworenen Haltungsjournalismus. Klare Kante muss man zeigen, aber bitte nur, wenn es der redaktionellen Linie entspricht.

Der Aussteiger heißt Birk Meinhardt und war von 1992 bis 2012 Redakteur bei der „Süddeutschen Zeitung" (SZ). In seinem Buch „Wie ich meine Zeitung verlor", rechnet er jetzt mit der SZ ab. Meinhardt, geboren in Ostberlin, hatte, so schreibt er, seinen Redaktionskollegen eines voraus, dass er anfänglich als Nachteil empfand: „Es dauerte eine Weile, ehe ich begriff, dass es umgedreht war: Die größeren und wichtigeren Erfahrungen, die des Zusammenbruchs eines Systems, hatte ich gemacht. Hatte ich machen dürfen." Und weiter: „Nimm nichts als gegeben, nie wieder. Reih dich nicht noch einmal bei denen ein, die etwas für gegeben und unumstößlich halten, […]."

Diese Erfahrung sensibilisiert ihn für die eingetreten Pfade des redaktionellen Alltags wie einseitige Berichterstattungen oder Vorverurteilungen nach boulevarischer Manier, wenn es dem gesellschaftlichen Klima entspricht. Der Blog „übermedien" fasst die autobiografische Geschichte, die Meinhardt zu erzählen versucht, wie folgt augenzwinkernd zusammen: „Es ist wieder soweit. Man muss wieder aufpassen, was man sagt, weil man sonst zum Verstummen gebracht wird, nicht mit den Mitteln einer Diktatur, aber genauso effektiv. Und die Medien spielen dabei eine große, eine gefährliche Rolle." Obgleich man den subjektiven Grundton des Autors aus beinahe jeder Zeile herausliest, bleibt man nachdenklich zurück, denn Meinhardt hat Recht und lässt uns an Vorgängen teilhaben, die so oder so ähnlich ständig vor unseren Augen ablaufen.

Meinhardt führt ein Beispiel an: Es geht um einen rechtsradikalen Übergriff 2004 in der brandenburgischen Provinz. Der Täter ist schnell gefunden, noch vor der Verurteilung veröffentlichen Zeitungen Vor- und Zunamen des Angeklagten und präsentieren ein unzensiertes Porträt. Die Unschuldsvermutung scheint niemanden zu

interessieren, die Sensation ist wichtiger als die Persönlichkeitsrechte von jemanden, der keine Person des öffentlichen Lebens ist. Der Täter wird rechtskräftig verurteilt – erst Jahre später kommt heraus, dass der Angeklagte mit dem rechtsradikalen Übergriff nichts zu tun hatte.

Meinhardt beklagt zu Recht in seinem Buch einen vorauseilenden Gehorsam in den Redaktionen, wenn es gegen vermeintliche oder tatsächliche Rechtsextremisten geht: „Weil die Muster in den Köpfen zu stark waren. Weil weite Teile der Gesellschaft nur noch ihren Reflexen folgten. Und weil unter den Reflexen die Gewissheit lag, man sei damit auf der politisch richtigen Seite. Man hat doch aus der Geschichte dieses Landes gelernt, nicht wahr."

Es ist eben jener reflexartige vorauseilende Gehorsam, mit dem eine Verdachtsberichterstattung Einzug hält, an deren Ende meist ein unverzeihlicher Trugschluss und ein zerstörtes Leben steht: „[…] ist ein Beispiel dafür, was geschehen kann, wenn im „Kampf gegen Rechts" der Blick auf die Tatsachen verloren geht; eine Schraubendrehung zu viel, und schon ist Etwas oder Jemand kaputt."

Man kennt die kaputtgemachten und wissentlich zerstörten Leben. Ein allzu aktueller Fall: Das Leben des Oberstleutnants der Bundeswehr, Marcel B. Der Vorwurf: Sympathie für verfassungsfeindliche rechte Einstellungen. Der Beweis: der Oberstleutnant ist auf der sozialen Plattform Instagram mit einem weiteren Nutzer vernetzt, welcher nach Recherchen der zuständigen Redakteure des ARD-Magazins „Panorama", in der Nähe des Rechtsradikalismus zu verorten ist. Insgesamt vier Bildbeiträge soll der Oberstleutnant auf dem Profil des Rechten mit einer „Gefällt mir"-Markierung versehen haben. Was folgte, war die öffentliche Dekonstruktion eines verdienten Mannes. Angefangen mit der Zurschaustellung eines unzensierten Fotos des Beschuldigten.

Die Mechanismen der Verdachtsberichterstattung schlagen dabei immer in dieselbe Kerbe, es trifft Menschen, die bewusst oder unbewusst abseits des Mainstreams denken. Dabei ist vollkommen egal, ob die betroffenen Menschen Personen des öffentlichen Lebens sind oder nicht, ob ihr Handeln von öffentlichem Interesse ist oder nicht. Es geht lediglich um die Befriedigung der Sensationslust, um die stetige Vergegenwärtigung der eigenen moralischen Hoheit und um das Bewusstsein auf der richtigen Seite, gegen einen – in den meisten Fällen vermeintlichen – äußeren Feind, die wahren Werte der Demokratie verteidigt zu haben. Was bleibt, ist die Gewissheit, dass echte Meinungsfreiheit in vielen Redaktionsstuben Stück für Stück auf der Strecke bleibt und das dumpfe Gefühl in der Magengegend, dass es jeden treffen kann.

Moderne Hexenjagden eben.

Kommentar von Sebastian Münzenmaier

Auf dem Weg in die Corona–Diktatur? Gefahr für Wirtschaft und Demokratie

Bösartige Kreaturen treiben sich in den Wäldern um das Dorf Covington herum. Die sogenannten „Unaussprechlichen", wie die Monster des Waldes von den Dorfbewohnern genannt werden, stellen eine tödliche Gefahr für die Menschen dar, falls sich diese den Bäumen und Büschen nähern. Es besteht jedoch ein Pakt zwischen den Bewohnern des Dorfes und den bösartigen Kreaturen: Es gibt keine Auseinandersetzungen, solange keiner der Bewohner den Wald betritt.

Als im Dorf dringend Medikamente benötigt werde, erklärt sich die blinde Hauptprotagonistin Ivy Walker bereit, den Gang in die gefährlichen Wälder zu wagen. Um Ivy die Angst vor ihrem Vorhaben zu nehmen, entscheidet sich ihr Vater dazu, seine Tochter in das große Geheimnis, das Covington umgibt, einzuweihen: Die Unaussprechlichen aus dem Wald sind nur eine Erfindung der Ältesten im Dorf, um die Bewohner vor einem Gang in die Stadt und der bösen Außenwelt zu schützen.

Den Zuschauern des Films „The Village", welcher 2004 auf den deutschen Kinoleinwänden lief, wird klar, dass die eingeredete Angst vor dem Unbekannten die unwissenden Bewohner jahrelange ans Dorf fesselte und den Wissenden ermöglichte der Gemeinschaft ihre Vorstellungen des Lebens aufzuzwingen.

Dabei hat jedes Lebewesen auf dieser Welt einmal Ängste und Sorgen erlebt. Die Angst des Menschen schützt seine körperliche und psychische Unversehrtheit, die Gesundheit und im dramatischsten Fall das Leben. Wird Angst jedoch gezielt konstruiert und in einem Bedrohungsszenario etabliert, bringt sie Lebewesen dazu, Dinge zu akzeptieren, die sie im Normalzustand niemals akzeptiert hätten. Wie in Covington treibt die Angst Menschen in Richtung von starken Entscheidungsträgern, die dann über einschneidende Maßnahmen verfügen können. Die Angst überblendet andere relevante Dinge, fokussiert das Denken auf den angsteinflößenden Punkt und lässt weitere Probleme ganz klein erscheinen. Bloß nicht raus aus dem Dorf, bloß keine Begegnung mit den bösartigen Kreaturen riskieren.

Ein ähnliches Spiel mit der Angst erleben wir seit Monaten im Berliner Regierungsviertel. Im Schatten des Trommelfeuers der Infektionszahlen setzt sich in Berlin eine Praktik des Regierens durch, die sonst nur aus totalitären Staaten bekannt ist. Unaussprechlich wie im Film sind die Verantwortlichen hierbei nicht: Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Ministerpräsidenten verabreden sich ein- bis zweimal im Monat, verschanzen sich im gut bewachten Kanzleramt und erlassen Kataloge voller Verordnungen, welche die Bürger ins demokratische Abseits drängen und weitere Grundrechts- sowie

Freiheitseinschränkungen verkünden. Legitimiert wird diese Praktik über das Infektionsschutzgesetz, das im Frühjahr angepasst und insbesondere mit der neuen Möglichkeit, Anordnungen in bestimmten Bereichen auf der gesamten Bundesebene zu erlassen, erweitert wurde. Am 27. März reichten die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD ihr „Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ ein. Nur einen Tag später trat dieses in Kraft.

Auch Gesundheitsminister Jens Spahn scheint Gefallen an einer Machtausweitung für wenige Entscheidungsträger zulasten der demokratischen Mitbestimmung gewonnen zu haben. In einer Gesetzesformulierung plante sein Gesundheitsministerium unbefristet eigenmächtig Verordnungen erlassen zu können, soweit dies „zum Schutz der Bevölkerung vor einer Gefährdung durch schwerwiegende übertragbare Krankheiten erforderlich ist“. Dieses Vorhaben wurde Ende Oktober dank energischem Widerstand wieder verworfen.

Welche Rolle spielt aber der Deutsche Bundestag? Gibt es große richtungsweisende Redeschlachten und Debatten um den richtigen Weg in der Corona-Krise? Fehlanzeige! Die Abgeordneten werden im Nachgang über die Ergebnisse des Merkel-Ministerstammtisches informiert und dürfen dann die schon verabschiedeten Maßnahmen öffentlich diskutieren. Demokratie geht anders.

Während die Altparteienpolitiker als williges Klatsch- und Stimmvieh fungieren, punktet einzig und allein die AfD-Fraktion mit klug durchdachten Sachanträgen und emotionalen Redebeiträgen im „Hohen Haus“.

Der zweite Lockdown ist nun die Spitze einer Maßnahmen-Welle, welche in ihrer Wucht alles verschlingt: Grund- und Freiheitsrechte, die deutsche Wirtschaft, zahlreiche Arbeitsplätze und in weiten Teilen den gesunden Menschenverstand. Die allumfassende Flut aus Infektionszahlen, Inzidenzwerten und Intensivbetten begräbt sämtliche konstruktive Kritik am Kurs der Bundesregierung unter sich, die Bürger bekommen auf immer neu angesetzten Pressekonferenzen täglich frische Horrorzahlen präsentiert.

In ihrer Panik-Politik flankiert werden die politischen Entscheidungsträger dabei von willigen Medienvertretern, welche in Funk und Fernsehen Ängste schüren und die Zuschauer mit immer neuen Corona-Meldungen fluten. Schon im Frühsommer stellten zwei anerkannte Medienwissenschaftler der Universität Passau in ihrer Analyse von über 90 Sendungen aus ARD und ZDF fest, dass die öffentlich-rechtlichen Zwangsgebührensender mit ihrer Dichte an Sendungen einen massenmedialen „Corona-Tunnelblick“ erzeugt hätten. Nach den Angaben der Forscher habe schon die immense Häufigkeit der Sondersendungen den Zuschauern ein akutes Krisenszenario vermittelt.

Hinzu habe die bildliche Aufmachung mit leeren Straßen und Städten dieses Bedrohungsszenario verschärft und eine Endzeitstimmung ausgelöst, welche faktisch so nicht existierte. Die Forscher aus Bayern kritisierten in diesem Zusammenhang die völlig übertriebenen Zuspitzungsstrategien in den genannten Sondersendungen, welche eher an Hollywood-Blockbuster als an Dokumentationen erinnerten.

Ab und zu sollte man einigen Regisseuren und Entscheidungsträgern in Erinnerung rufen: wir sind hier nicht im Kino oder in Covington, sondern in Deutschland im Jahr 2020.

Deshalb ist es an der Zeit für einen nüchternen Blick auf nachweisbare Zahlen und Folgen der verheerenden Panik-Politik von Merkel, Söder und Co.

Welche Auswirkungen haben die Entscheidungen wirtschaftlich? Und welche Veränderungen ergeben sich langfristig für unsere freiheitliche Demokratie durch die außerparlamentarische Entscheidungsgewalt des Merkel-Stammtisches mit den Ministerpräsidenten?

Lesen Sie im Folgenden einen Blick über die Dorfgrenze hinaus. Ganz im Sinne Ivy Walkers.

Lockdown–Welle: Die deutsche Wirtschaft säuft ab

Der Panik-Lockdown der Kanzlerin wird nach Expertenmeinung dramatische Folgen für die deutsche Wirtschaft und hunderttausende Arbeitsplätze nach sich ziehen. Das pauschale Schließungsgebot für zahlreiche Branchen vernichtet ganze Wirtschaftszweige Deutschlands und wird langfristig strukturelle Schäden der Volkswirtschaft verursachen.

Die neusten Zahlen renommierter Wirtschaftsinstitute schockieren hierbei besonders.

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung in Berlin wird der Lockdown-Stillstand im November die deutsche Wirtschaft über 19 Milliarden Euro kosten. Am härtesten getroffen werden die Gastronomen und Hoteliers, welche über Monate einwandfreie Hygienekonzepte erstellten und nach Berechnungen des Robert-Koch-Instituts nur für einen Bruchteil der Infektionen verantwortlich sind. Mit einem zusätzlichen Minus von circa 5,8 Milliarden Euro wird die Branche rechnen müssen, was für zahlreiche Bars, Hotels und Speisestätten das Aus bedeuten dürfte. Ingrid Hartges, die Hauptgeschäftsführerin des Hotel- und Gaststättenverbandes Dehoga, sprach von einem auferlegten Berufsverbot für ihre Branche, um welche es schon vor dem zweiten Lockdown schlecht stand. Im Juni gab in einer Umfrage ihres Verbandes jedes dritte Restaurant an, nur knapp 25-50 Prozent des Vorjahresumsatzes erzielen zu können. Weitere knapp 30 Prozent meldeten, nicht mal ein Viertel ihrer normalen Umsätze zu erreichen. Ganz dramatisch stand es für fast jedes fünfte Restaurant: Hier konnten nicht einmal zehn Prozent der alltäglichen Einnahmen umgesetzt werden. Auch die folgenden Monate unter massivem Einschränkungsdruck schafften keine Entlastung für die gebeutelten Hotel- und Restaurantbetreiber. In einer Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) gaben schon vor dem Lockdown 42 Prozent der Gastronomie-Unternehmen eine schlechte Geschäftslage an. In gleicher Umfrage berichteten 34 Prozent der befragten Gastronomen, unter Liquiditätsengpässen zu leiden. Nun stehen sie vor weiteren Wochen ohne Einnahmen. Viele Inhaber werden ihre Restaurants wohl nie mehr öffnen können.

Dabei geht es in der Öffnungs- und Schließungsdiskussion nicht nur um gutes Essen und den erholsamen Wellness-Bereich im Hotel. Der Wirtschaftsfaktor der Branche für die Bundesrepublik Deutschland ist keineswegs zu missachten. Allein in der Gastronomie arbeiten in Deutschland rund 2,4 Millionen Menschen in 220.000 Betrieben, welche im Jahr fast 90 Milliarden Euro erwirtschaften. Der Deutsche Tourismusverband meldet 35 Milliarden Umsatzverlust allein in den ersten sechs Monaten 2020. Diese Umsatzverluste fallen nun weiter ins Bodenlose.

Auch die Kultur und Unterhaltungsbranche muss ein Minus von 2,1 Milliarden Euro hinnehmen, der Handel wird auf 1,3 Milliarden Euro verzichten müssen. Weitere Milliardeneinbrüche rollen auf Handel, Dienstleister und Logistiker zu.

Die aufgeführten Milliardensummen schlagen sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder und werden in neuen Schock-Zahlen zu Arbeitslosen greifbar. Knapp 591.000 Menschen werden dank der Merkel-Panik allein im November zusätzlich vor den Arbeitsämtern Schlange stehen müssen. Im neuen Jahr 2021 werden weitere Folgen auf dem Arbeitsmarkt zu spüren sein.

Falls der Lockdown noch einmal verlängert werden sollte und über die Zeit von vier Wochen andauert, rechnet das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln mit zusätzlichen 180.000 Arbeitslosen. Leider gehen die Einzelschicksale fleißiger Bürger im Infektionswirrwarr und Meldungen zu Inzidenzwerten oder Fallzahlen komplett unter. Eine Schande!

Leider zeigen die erhobenen und erwarteten Zahlen zu Wirtschaft und Arbeit in Deutschland eine bittere Realität: Die deutsche Wirtschaft wurde durch die Corona-Maßnahmen teilweise schon zertrümmert. Der Lockdown wird einzelnen Branchen die Luft weiter abpressen, bis sie nur noch mit irreparablen Schäden weiteratmen können.

Der Zweck heiligt alle Mittel — das Corona–Regime?

Doch nicht nur die Wirtschaft liegt am Boden. Auch die Demokratie in Deutschland leidet unter akuter Atemnot. Nicht wegen des Coronavirus, sondern den massiven Veränderungen im Demokratiewesen der Bundesrepublik, welche sich für immer verändern könnte. Droht uns auf Dauer ein Corona-Regime?

In historischer Tradition können Großereignisse aufgezählt werden, die langfristig für Veränderungen im individuellen Verhalten und gesellschaftlichen Zusammenleben gesorgt haben. Nach den fürchterlichen Terroranschlägen vom 11. September wurde die Flugsicherheit, welche heute nahezu selbstverständlich ist, massiv erhöht. Die Bombenattentate in der Londoner Metro schafften eine neue Dimension der Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen in Großbritannien.

In Krisenzeiten werden durch Regierungen neue Standards etabliert, welche eine bessere Kontrolle der Gesellschaft ermöglichen. Auch Corona, welches von der Bundeskanzlerin in der Zwischenzeit als Naturkatastrophe deklariert wird, scheint sich nahtlos in diese Reihe einzufügen. Nahezu inflationär verabschiedete oder veränderte die Bundesregierung seit Ausbruch des Virus Gesetz um Gesetz. Insgesamt 24 Mal wurde der Rotstift zur Korrektur oder Neuschaffung angesetzt.

Die Bundes- und die Landesregierungen haben seit Frühjahr 2020 Grund- und Freiheitsrechte in nie bekanntem Ausmaß eingeschränkt. Jeder neuen Infektionszahl folgten Diskussionen über Freiheitseinschränkungen der Bürger.

Am deutlichsten wurden diese Freiheitseinschränkungen in den Lockdownphasen im Frühjahr und jetzt im November. Sei es die allgemeine Handlungsfähigkeit und Freizügigkeit der Bürger, die Eigentums- und Berufsfreiheit, das Demonstrationsrecht oder die Religionsfreiheit: Die verabschiedeten Maßnahmen der zuständigen Regierungen sind eine Beschränkungsorgie von Grundrechten, wie es die Bundesrepublik Deutschland noch nicht erlebt hat. Dabei gehen die politischen Entscheidungsträger undifferenziert und pauschal vor und missachten Zahlen, Daten und Fakten.

Der einzige rote Faden der Corona-Politik ist Aktionismus und der einzige Ratgeber der Bundesregierung ist die Angst. Und wir alle wissen: Angst war noch nie ein guter Ratgeber.

Aber selbst wenn man der Bundesregierung das hehre Ziel der völligen Ausrottung des Virus abkauft, stellt sich die Frage:

Heiligt der Zweck, in diesem Falle die Einschränkung des Corona-Virus und das Bremsen des Infektionsanstiegs, alle angewandten Mittel? Hier kann es nur eine Antwort geben: auf keinen Fall!

In unserem Rechtsstaatsprinzip ist aus gutem Grund der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verankert, der dafür sorgen soll, dass sämtliche Grundrechtseinschränkungen stets geeignet, erforderlich und angemessen sein müssen.
Nur dann kann eine Maßnahme verhältnismäßig und nicht rechtswidrig sein.

Doch schon die Entscheidungen der Gerichte zum Beherbergungsverbots oder der Sperrstunde zeigen, dass die Kanzlerin und ihre Entourage der Ministerpräsidenten nicht verhältnismäßig und somit rechtswidrig handelten.

Merkel, Söder und Co. gelingt der Spagat zwischen demokratischer Freiheit und Corona-Bekämpfung schon lange nicht mehr.

Der Lockdown im Frühjahr stand verfassungsrechtlich schon auf komplett wackeligen Beinen. Der zweite Lockdown kann jedoch in Anbetracht des neuen Wissensstandes getrost als rechtswidrig bezeichnet werden. Es gibt in der Zwischenzeit wissenschaftliche Erkenntnisse darüber, welche Bereiche „Infektionstreiber" sind – und welche eben nicht! Pauschale Maßnahmen, die dann Branchen treffen, die nachweislich kaum etwas mit der Verbreitung des Virus zu tun haben, lassen sich nicht mehr legitimieren.

Anerkannte Verfassungsrechtler wie der Mainzer Professor Friedhelm Hufen sehen den Lockdown als „juristisch teilweise fragwürdig", ebenso zahlreiche verabschiedete Einzelmaßnahmen. Weitere Verfassungsexperten stören sich ebenfalls an der Pauschalität, mit der die Regierenden Bürger, Unternehmen und Freiheitsrechte lahmlegen.

Justiz und Rechtsprechung entscheiden immer häufiger zugunsten unserer Grundrechte. Gegenteilig zum Anfang des Jahres werden nun aufgestellte Corona-Regeln regelmäßig gekippt, Verbote aufgehoben und den Bürgern ein Stück Freiheit zurückgegeben. Dies ist eine positive Entwicklung in schwierigen Zeiten.

Von einem „Einlenken" der Politik ist jedoch wenig zu spüren. Vollmundig verteidigt die Bundeskanzlerin ihre sinnfreien und völlig überzogenen Maßnahmen, immer mit der leichten unterschwelligen Drohung, dass die Begrenzung eines Lockdowns auf den Monat November nicht selbstverständlich sei. Der Lockdown unterm Tannenbaum – keine ausgeschlossene Vorstellung!

Für viele eine erschreckende Vorstellung, Zyniker würden bemerken: viele Geschenke dürfte es beim derzeitigen Wirtschaftsniveau in Deutschland sowieso nicht geben können.

Die Unaussprechlichen endlich abwählen!

Ivy Walker bewies im „Village"-Film heldenhaften Mut. Für die Rettung eines anderen Menschen absolvierte sie den schweren Weg durch den Wald und schaffte es am Ende tatsächlich, die notwendige Medizin für den Dorfbewohner zu besorgen. Im Bundestag gibt es keine Ivy Walker.

Aber eine wehrhafte Opposition in Form der AfD-Fraktion, die entschieden gegen den Wellenbrecher-Wahn der Kanzlerin und ihrer Ministerclique ankämpft.

Halten wir fest: Unsere Wirtschaft und unsere Demokratie sind in Gefahr.

Die letzten Monate haben in unserem Land Veränderungen angestoßen, die wir uns so nicht hätten vorstellen können.

Sind unsere Grundrechte in Gefahr? Sie werden in diesem Augenblick schon massiv außer Kraft gesetzt. Sind Arbeitsplätze und unsere Wirtschaft in Gefahr? Hunderttausende Arbeitsplätze sind verloren, ganze Wirtschaftszweige hängen an der künstlichen Hilfsbeatmung durch Steuergelder.

Es wird Zeit zu handeln!

Ich kann Ihnen allen nur zurufen: Klagen Sie gegen die Maßnahmen der Regierung. Werden Sie laut und protestieren Sie gegen die Einschränkungen unserer Freiheits- und Grundrechte!

Eine politische Veränderung in diesem Land gibt es nur mit veränderten Mehrheiten.

Die Devise für das kommende Wahljahr muss daher klar lauten, die „Unaussprechlichen", in diesem Falle die Bundesregierung, abzuwählen. Ein starkes Ergebnis für unsere Heimat- und Bürgerpartei AfD wäre ein klares Bekenntnis der Wähler für unsere Freiheits- und Bürgerrechte.

Solange es in Deutschland inner- und außerparlamentarischen Widerstand noch gibt, gibt es auch die Hoffnung auf einen grundlegenden Wandel.

Noch haben die „Unaussprechlichen" nicht gesiegt. Wir brauchen nur alle den Mut einer Ivy Walker.
Ich zähle auf Sie.

Ihr

Sebastian Münzenmaier

Auf der Intensivstation mit Frau Dr. Merkel

Die Tourismuswirtschaft kurz vor dem Kollaps

Es ist kurz vor 12 auf der Corona-Intensivstation. Der Patient Tourismus war noch vor kurzem kerngesund und erfolgsverwöhnt. Ein Spitzenathlet. Er hat allein in den letzten 10 Jahren 10 neue Übernachtungsrekorde eingefahren.

Jetzt liegt er da. Blass, blutleer und kurzatmig. Die deutsche Tourismuswirtschaft war in Europa und weltweit Fachleuten als „Hidden Champion" bekannt, so viele Spitzenplätze konnte Deutschland als Reiseziel in den vergangenen Jahren immer wieder erringen. Jetzt hat der Tourismus „Corona" und ist todkrank.

Der medizinische Zustandsbericht liest sich erschreckend. Das Statistische Bundesamt attestiert dem Patienten im Bereich der Beherbergungsdienstleistungen einen realen Umsatzrückgang von 52 Prozent in den ersten 8 Monaten des Jahres 2020. Der Deutsche Hotelverband IHA schreibt ins Bulletin, dass Corona die Hotellerie in die schwerste Krise der Nachkriegszeit gestürzt habe. Als besonders dramatisch erweist sich, dass die Zimmerauslastung der Hotels in den Städten weit unterhalb der Rentabilitätsschwelle liegt. Die geöffneten Stadthotels verbrennen also an jedem Tag, den sie öffnen, bares Geld. Die Gästezahlen sind aufgrund der Buchungszurückhaltung einfach zu gering. Das scheint aber immer noch besser, als noch mehr Geld zu verlieren, indem man gar nicht öffnet. Gerade bei den Tagungshotels, den Eventcaterern oder auch den Diskotheken ist die Lage weiterhin dramatisch. 61,6 Prozent der gastgewerblichen Unternehmen bangen laut dem Deutschen Hotel- und Gaststättenverband um ihre Existenz. Der Deutsche Tourismusverband klagt über Umsatzverluste der Branche in Höhe von 35 Milliarden Euro allein im ersten Halbjahr 2020. Der Deutsche Reiseverband weist warnend darauf hin, dass die existenzbedrohende Situation der deutschen Reisewirtschaft immer dramatischer werde und das fehlende Auslandsgeschäft Arbeitsplätze vernichte.

In dieser überaus ernsten Lage, zu der bereits die Lockdown Behandlung der Notfallmediziner um Frau Dr. Merkel erheblich beigetragen hatte, dreht man dem Patienten jetzt auch noch den Sauerstoff ab. Zunächst mit den Beherbergungsverboten der Bundesländer, die erst durch die Verwaltungsgerichte in letzter Minute gestoppt werden konnten. Dann greift Frau Dr. Merkel zur ultimativen Schocktherapie und verabreicht der deutschen Tourismuswirtschaft eine zweite Dosis Lockdown. Damit dem Ärzteteam das aber nicht als fahrlässige Tötung angelastet werden kann, bekommt der Patient gleichzeitig das Gegenmittel in Form von noch einmal 10 Milliarden Euro Nothilfen. Tja, das Geld sitzt halt locker, wenn man nicht mehr Kanzlerin werden will.

Jeder Augenzeuge dieses Festivals der Kunstfehler wird sich jetzt die Haare raufen und fragen, warum nicht längst die nächsten Angehörigen befragt wurden, ob diese Stümperei fortgesetzt werden soll. Das genau ist der Grund, warum die AfD-Bundestagsfraktion jetzt beantragt hat, einen Tourismusgipfel im Kanzleramt mit den Verbandsvertretern der deutschen Tourismuswirtschaft durchzuführen, um gemeinsam über ein Konzept zur Bewältigung der Corona-Krise im Tourismus zu beraten (Bundestagsdrucksache 19/23727). Vielleicht keine schlechte Idee, mit denen zu reden, die es betrifft und die sich damit auskennen. Gerade wenn man bedenkt, dass immerhin noch 3 Millionen Arbeitsplätze in Deutschland vom Tourismus abhängen.

Impressionen

Aktiv für Deutschland

GUSTAV WASA
KARDINAL RICHELIEU
HERZOG

Alternative für Deutschland
FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Sebastian Münzenmaier im Bundestag

„Wählen Sie diese Regierung ab, solange Sie noch können!“

Sebastian Münzenmaier antwortete am 29. September 2020 auf die Regierungserklärung von Angela Merkel zum erneuten Corona-Shutdown. Im Anschluss seine Worte vor dem Deutschen Bundestag:

„Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

„Die größte Gefahr von Covid-19 liegt im wirtschaftlichen und politischen Bereich. Es könnte sein, dass man sich in 50 Jahren weniger an das Virus erinnert, als an den Moment, als die Überwachung aller durch die Regierung begann.“

Meine Damen und Herren, diese Worte stammen vom israelischen Professor Harari, einem der bekanntesten Menschheitshistoriker unserer Zeit und sollten Sie eigentlich alle zum Nachdenken animieren.

Denn jede Maßnahme, die in unsere Grundrechte eingreift, muss dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Das bedeutet, dass jede dieser Maßnahmen geeignet, erforderlich und angemessen sein muss. Rein emotionale und möchtegern-moralische Komponenten wie „alternativlos“ oder „Haltung“ kommen aus gutem Grund in unserem Rechtsstaatsprinzip eben nicht vor.

Beginnen wir die Bewertung Ihrer Maßnahmen mit „geeignet“. Laut den Zahlen Ihres Robert-Koch-Institutes lässt sich kein erhöhter Anteil am Infektionsgeschehen in den Bereichen Freizeit, Speisestätten oder Übernachtungen feststellen. Trotzdem geraten genau diese Bereiche in das Fadenkreuz Ihres Wellenbrecherwahns, Frau Merkel.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, sprechen ja immer davon, dass Einschränkungen gut erklärt werden müssen. Dann erklären Sie doch dem Gastronomen, der nach dem letzten sinnlosen Lockdown im März seine letzten Reserven im Vertrauen auf diese Regierung in Heizpilze, Umbaumaßnahmen oder sogar neue Lüftungen investiert hat, dass am Ende alles umsonst war. Und wenn Sie schon dabei sind, dann können Sie diesem Mann auch noch erklären, wie man als Betroffener, dessen Existenz gerade mit dem Holzhammer vernichtet wird, jemals wieder Vertrauen in diese Politik haben soll.

Zur Erforderlichkeit. Eine Maßnahme ist dann erforderlich, wenn kein milderes Mittel zur Verfügung steht. Hat diese Regierung nicht uns allen erklärt, dass dank Masken und Abstand weitere Einschränkungen vermieden werden können? Hat das RKI nicht mitgeteilt, dass die Corona-Hotspots eben nicht in Bars, Restaurants oder Kinos entstanden sind? Und was machen Sie jetzt? Sie zertrümmern Existenzen. Sie schließen sämtliche Gastronomiebetriebe, die in den letzten Monaten unglaublich gekämpft haben, die Vorbilder waren im Bereich Hygiene. Sie verbieten sämtliche touristischen Übernachtungen im Inland. Der Deutschlandurlaub hat im Sommer unseren Bürgern in einer schweren Zeit ein kleines Lächeln ins Gesicht gezaubert und er hat vor allem den 3 Millionen Beschäftigten in dieser Branche, den vielen fleißigen Menschen etwas Hoffnung gemacht, dass sie überhaupt wirtschaftlich überleben können. Diese Hoffnung haben Sie gestern Abend zerstört, Sie und alle Ministerpräsidenten.

Aber sind Ihre Maßnahmen denn angemessen, verhältnismäßig im engeren Sinne? Das ist nur dann der Fall, wenn der beabsichtigte Zweck nicht außer Verhältnis zu der Schwere des Eingriffs steht. Und ehrlich gesagt, meine Damen und Herren, spätestens an dieser Stelle müssten Sie auf der Regierungsbank die eigenen Beschlüsse zerreißen, um Verzeihung bitten und sofort zurücktreten.

Ihre Maßnahmen basieren fast ausnahmslos auf Annahmen und Ängsten. Man sagt immer, Panik sei kein guter Ratgeber. Es ist aber anscheinend der einzige Ratgeber, den diese Bundesregierung noch hat. Statistische Evidenz: vollkommene Fehlanzeige. Führende Virologen und Medizinerfachverbände äußern sich gemeinsam und halten einen Lockdown für unnötig. Frau Bundeskanzlerin, hören Sie bitte endlich auf diese Fachleute, und stoppen Sie diese Panikpolitik!

Ich fasse zusammen. Ihre Maßnahmen sind bestenfalls zum Teil geeignet, nicht erforderlich und sicher nicht angemessen. Daraus folgt: Ihr Handeln ist rechtswidrig, Frau Bundeskanzlerin. Und das Schlimme an dieser Situation ist: das ist Ihnen offenkundig völlig egal. Sie schleifen einen Rechtsstaat in einer Geschwindigkeit, die ich mir nicht hätte vorstellen können. Sie agieren offensichtlich rechtswidrig, wie das Beispiel der Beherbergungsverbote uns allen gezeigt hat. Sie etablieren ein Corona-Regime, dass aus den Ministerpräsidenten und Ihnen besteht, das sich im Kanzleramt verschanzt und dann via Verordnung und Pressekonferenz die Bürger dieses Landes knechtet. Das Parlament dient doch bestenfalls noch als Bühne zur Verkündung der getroffenen Maßnahmen. Und man muss es ganz klar sagen: Der ganz unterirdische Auftritt von Herrn Brinkhaus heute Morgen hat gezeigt, dass die Union sich mit dieser Rolle anscheinend zufriedengibt.

Alle, die sich dem Kontrollwahn dieser Bunderegierung entgegenstellen, werden als Coronaleugner verunglimpft, mit dem Ziel, eine legitime Debatte über die Einschränkung von Freiheitsrechten zu verhindern. Diese Arroganz der Macht, Frau Bundeskanzlerin, die Sie an den Tag legen, hätte selbst Marie-Antoinette die Schamesröte ins Gesicht getrieben.

Die Einschränkungen von fundamentalen Freiheitsrechten in diesem Land haben ein sehr bedenkliches Ausmaß angenommen. Unsere parlamentarische Demokratie zeigt erste Anwandlungen von totalitären Systemen, wenn SPD-Lauterbach die Unverletzlichkeit der Wohnung aufheben möchte und CSU-Seehofer seine Coronaschleierfahnder losschicken will.

Ich hoffe, der eingangs zitierte Historiker Harari liegt in der Befürchtung falsch, dass das größte Vermächtnis von Covid-19 der Beginn der totalen Überwachung der Bürger sein wird. Wir als AfD-Fraktion werden uns jedenfalls mit aller Entschiedenheit für unsere Freiheit, für unseren Rechtsstaat und für unsere Demokratie einsetzen.

An dieser Stelle möchte ich mich zum Schluss noch an Sie, meine Damen und Herren draußen an den Bildschirmen, wenden: Wählen Sie diese Regierung ab, solange Sie noch können! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Diesen sowie viele weitere Redebeiträge finden Sie auf meinem YouTube - Kanal >

Gesundheitsamtschef zerlegt Söders Corona-Kurs

Beliebter Netzartikel

Es vergeht kein Tag, an welchem der bayrische Ministerpräsident Markus Söder nicht vor eine Fernsehkamera drängt und seinen Ruf als harten Corona-Bekämpfer inszeniert. In einer Woche im Oktober bestimmten drei Aussagen aus Bayern die mediale Diskussion: Seine Forderung nach einer bundesweiten Maskenpflicht ab einem Inzidenzwert von 35 Neuerkrankten auf 100.000 Einwohner, die strittigen Thesen zum Föderalismus und der Schlagabtausch mit der FDP-Spitze um Christian Lindner.

Im Schatten der Kameras wächst der Unmut über Söders Corona Maßnahmen und gleichzeitig sein Auftreten im Stil eines vermeintlichen Volkstribuns stetig. Die Kritik kommt nicht nur von der politischen Gegenseite, sondern auch aus dem medizinischen Bereich.

Ein bemerkenswertes Interview hat Friedrich Pürner, Facharzt, Epidemiologe und Chef eines Gesundheitsamts in der Nähe von Augsburg, der Online-Plattform Merkur.de gegeben. In seinen Ausführungen zerlegt der Experte die Pandemie-Strategie des Ministerpräsidenten komplett und bezeichnet viele der verabschiedeten Maßnahmen als falsch. Ebenfalls kritisiert der Mediziner die Panikmache vonseiten der politischen Führung. Dabei ist sich Dr. med. Pürner der Brisanz seiner Aussagen bewusst und sieht seine Beamten-Karriere durchaus in Gefahr.

Das Fallzahlen–Problem

Zur Eröffnung des Gesprächs erläutert der 53-Jährige seine Gedanken über die derzeitige Fokussierung auf die bloßen Corona-Fallzahlen. Den Aktionismus in Folge von positiven Befunden lehnt Dr. med. Pürner dabei ab. Vielmehr verweist der Epidemiologe auf die Frage nach der tatsächlich krankmachenden Wirkung von Corona. Das Risiko, schwer am Covid19-Virus zu erkranken oder zu sterben, bezeichnet der Epidemiologie dabei als relativ gering. Unaufgeregt stellt der Dr. med. Pürner fest, dass Corona nicht Ebola sei.

Im Zuge der Fallzahlen-Problematik behandelt der Facharzt auch das herrschende Ampelsystem seines Bundeslandes. Die Inzidenzwert-Strategie beschreibt der Facharzt schlicht als falsch. Mit harten Worten gibt der Chef eines Gesundheitsamts den Rat, einen Blick auf die Zahl derer zu werfen, welche das Gesundheitssystem tatsächlich belasten. Nicht sinnvoll sei ein Blick auf bloße Infektionszahlen.

Söders Corona–Kurs: Das Spiel mit der Angst

Emotional leitet das Interview auf die Ängste der Menschen vor der Pandemie über. Nicht zu überlesen sind dir Vorwürfe, welche Dr. med. Pürner der Politik macht: Ängste würden nicht abgebaut, sondern eine Panik-Stimmung verbreitet. In Zuge dessen fallen

die Begriffe der ständigen Überdramatisierung und des Alarmismus, wobei konkret Beispiele von verängstigten Bürgern, welche aus Angst um Quarantänemaßnahmen betteln, genannt werden. Ernüchtert endet dieser Teil des Gesprächs mit der Beobachtung, dass Vertrauen verspielt werde.

Maskenwahnsinn an den Schulen

Das Spiel mit der Angst scheint auch in bayrischen Schulen gespielt zu werden. Dr. med. Pürner beklagt den fragwürdigen Umgang mit den Kindern, welche in der Schule mit Sätzen wie „Willst du, dass Oma und Opa sterben?“ gemaßregelt werden. Ebenso hält der Epidemiologe nichts von der Maskenpflicht in Schulen. Kinder seien am Infektionsgeschehen kaum beteiligt, die Schutzwirkung der Community-Masken, welche als Solidaritätssymbol bezeichnet werden, nicht nachgewiesen. Vielmehr verweist der Facharzt auf Hygienemaßnahmen und zeitweises, aber nicht übertriebenes Lüften.

Ein maßvoller Weg

Im letzten Teil erläutert der Gesundheitsamtschef seinen Weg einer maßvollen und gemäßigten Corona-Politik. Konkret fordert Pürner weniger Dramatik und einen Lernprozess der Bevölkerung, das Virus als Risiko zu begreifen, ohne dabei das Leben komplett zurückzufahren.

Das Gespräch endet mit den schwierigen Gegensätzen zwischen Dr. med. Pürcher und den höhergestellten Dienstherren in Bayern. Möglicherweise setze er seine Beamten-Karriere aufs Spiel, eine Einladung ins Gesundheitsministerium sei schon erfolgt. Selbstbewusst stellt der Facharzt fest, dass er sich seine Meinung jedoch nicht verbieten lasse.

Mut in schweren Zeiten

Im Gegensatz zu Panikmacher und Zügel-Anzieher Markus Söder zeigen die Aussagen des Facharztes Dr. med. Pürcher eine angenehme Zuversicht und Mut. Der Experte ruft zu einem sachlichen Umgang mit der Pandemie auf und verurteilt die Panik- und Angstpolitik im Bundesland Bayern. Dabei steht allen voran der Umgang mit Kindern im Zentrum seiner Kritik. Durch seine Aussagen könnte der Epidemiologe große Probleme mit seinen Vorgesetzten bekommen. Trotz allem steht er fest für seine Meinung und Überzeugung ein.

Weniger Panik, mehr Sachlichkeit. Dies könnte ein Weg aus der Krise sein. Auch wenn es die Regierenden nicht gerne hören. Vor allem nicht Herr Söder.

„Krebs ist das weitaus größere Problem"

Von der gesundheitlichen Kehrseite der Corona–Hysterie

Und plötzlich steht alles still. Der erste Lockdown im Frühjahr erwies sich nicht nur als wirtschaftliche Vollbremsung. Beinahe das gesamte gesellschaftliche und soziale Leben kam zum Erliegen. Die individuelle Freiheit wurde in einer beispiellosen Abfolge von Ministerialerlassen eingeschränkt und beschnitten. Grund für das unverhältnismäßige, bisweilen panische Durchgreifen der Bundesregierung liegt im vermeintlichen Schutz der Menschen vor dem Corona-Virus und einer gezielten Unterbrechung der Infektionsketten. Außer Acht gelassen wurde, dass ein Lockdown einen weitaus größeren Einfluss auf die Gesundheit hat als anfangs angenommen.

Ein Blick in die aktuelle „NAKO-Gesundheitsstudie" sensibilisiert. Laut einer Vorauswertung hat sich die mentale Gesundheit vieler Menschen durch den Lockdown im Frühjahr verschlechtert. Angst, Stress und Anzeichen von Depressionen haben Forschern zufolge zu Beginn des Lockdowns in Deutschland deutlich zugenommen. Dass dies keine Randerscheinungen sind und die Studie durchaus repräsentativen Charakter besitzt, lässt sich aus deren Umfang erklären. Die „NAKO Gesundheitsstudie" ist die bundesweite Gesundheitsstudie mit 200.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die 2014 gestartet ist. Ziel dieses Forschungsprojektes ist es, die Entstehung von Volkskrankheiten wie Krebs, Diabetes, Herzinfarkt und anderen besser zu verstehen, um Vorbeugung, Früherkennung und Behandlung in Deutschland zu verbessern. Dabei greift die Studie auf ein Netzwerk deutscher Forschungseinrichtungen wie Helmholtz-Gemeinschaft, Universitäten und Leibniz-Gemeinschaft zurück. Vor und während der Corona-Krise gab es somit Erhebungen zum Gesundheitszustand der Probanden.

Die Studie fand heraus, dass besonders in der Altersgruppe der 20- bis 40-Jährigen die psychische Belastung groß gewesen sei – und darunter vor allem bei Frauen bis Ende 30. Das sagte der Studienleiter für neurologisch-psychiatrische Erkrankungen, Klaus Berger, der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung". Bei den über 60-Jährigen hingegen habe man keine Zunahme von depressiven Stimmungen festgestellt. Neben Depressionen definiert sich psychische Belastung auch über Angstzustände, z. B. im Bereich der Zukunfts- und Existenzängste sowie einer starken Verunsicherung hinsichtlich einer möglichen Corona-Infektion. Diese Verunsicherung rührt vom Ungleichgewicht zwischen medialer Wahrnehmung und realen Erlebnissen. Hinzu kommen Gefühle von Einsamkeit und vertiefenden Depressionen.

Neben psychischen Belastungen ist es vor allem der Behandlungsstopp anderer Krankheiten, der zu den schlimmsten gesundheitlichen Auswirkungen des Lockdowns führen kann.

„Für die allermeisten Patienten stellt die Krebskrankheit eine weitaus größere Gefahr für ihr Leben dar als Covid-19.", stellte die Deutsche Gesellschaft für Hämatologie und medizinische Onkologie unlängst fest. Durch ausbleibende Diagnostik während des ersten Lockdowns schnellten die Krebstoten in die Höhe. Gleichwohl war in der Phase des Lockdowns im März und April zu beobachten, dass sowohl in Praxen wie auch in Krankenhäusern die Fallzahlen deutlich rückläufig waren, Patienten erst in sehr fortgeschrittenen Stadien in die Kliniken kamen und die Zahl der in Tumorkonferenzen vorgestellten Patienten mit frühen Krankheitsstadien sank.

Die Entwicklung der Krankenhausfallzahlen zwischen dem 16. März und dem 5. April untermauern dies: Die Zahl der Ersteingriffe bei kolorektalem Karzinom war um 22 Prozent, die Zahl der Zweiteingriffe sogar um 70 Prozent rückläufig. Operationen bei Bronchialkarzinomen sanken um 20 Prozent, obwohl onkologische Fachgesellschaften den Eingriff auch unter Pandemiebedingungen als dringlich einstufen. Die Zahl der in Tumorkonferenzen vorgestellten Patienten ist im April je nach Zentrum zwischen 30 und 50 Prozent gesunken.

„Wir sehen Leukämie oder Myelom-Patienten mit Komplikationen, die wir in den letzten Jahren eher nicht gesehen haben. Ebenso Patienten mit fortgeschrittenen soliden Tumoren, die im März und April nicht zur Frühdiagnostik oder zu Verlaufskontrollen vorstellig wurden.“, erklärt Professor Hermann Eisele, Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Hämatologie und medizinische Onkologie.

Dabei zeigten die bisher verfügbaren Daten bei Krebspatienten kein erhöhtes Ansteckungsrisiko für Covid-19. Möglicherweise liege dies daran, dass diese Patienten aufgrund ihrer Krebserkrankung ohnedies sehr achtsam seien – ein Umstand, der sie allerdings auch vom Arztbesuch abhalten könne.
Eines bleibt sicher: die gesundheitlichen Spätfolgen des Lockdowns werden uns noch lange beschäftigen.

Beliebter Netzartikel

Die Ruhrpott-Metropole Essen macht das Verpetzen von Mitbürgern im Zuge der Corona-Pandemie salonfähig und wirbt auf der offiziellen Webseite der Stadt geradezu damit, Denunziationsakte zu vollziehen. Die von CDU-Bürgermeister Thomas Kufen geführte Stadt hat ein Portal erstellt, auf welchem anonym Verstöße gegen die Corona-Schutzverordnung gemeldet werden können.
Dabei schockieren das Ausmaß und die Genauigkeit des vorbereiteten Denunzianten-Formulars. Sogar Beweisfotos können und sollen problemlos im Portal hochgeladen werden.

Im Schleier der Solidarität wird der Bürger in Essen unter den immer neuen Corona-Schreckensmeldungen zur willigen Staatshilfe umfunktioniert und Denunziation als Akt für die Gemeinschaft dargestellt. Der Willkür von kleinbürgerlichen Anzeigen ist dabei Tür und Tor geöffnet.

Corona–Denunziationsportal in Essen: Zwischen Pflichtfeldern und Denunziation

In nur wenigen Klicks kann man auf der Internetpräsenz der Stadt über die Leiste des Ordnungsamtes zum umstrittenen Denunziationsbogen gelangen, welcher das Melden von Mitbürgern ermöglicht, die im Auge des Melders gegen die Corona-Schutzverordnung verstoßen haben.

Dabei sind sechs Pflichtfelder auszufüllen, welche eine genaue Dokumentation gewährleisten sollen: Am Anfang müssen Ort, Datum und Uhrzeit des Verstoßes angegeben werden. Im vierten Pflichtfeld geht es anschließend um den genauen Verstoß, wobei aus elf verschiedenen Arten von Delikten gegen die Corona-Schutzverordnung ausgewählt werden kann. Die Liste reicht vom einfachen Verstoß gegen das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung über die Organisation oder Teilnahme an Sportveranstaltungen bis zur Nichtumsetzung von Hygienemaßnahmen in Restaurants und Kneipen. Ebenso gemeldet werden können die Durchführung von unzulässigen Veranstaltungen und Zusammenkünften im öffentlichen Raum. Mit nur einem Klick wird den Meldenden so eine detaillierte Beschreibung des Sachverhalts erspart, welche sie im nachfolgenden Feld nur ergänzend hinzufügen müssen. Um die Denunziation perfekt zu machen, besteht im nächsten Teil des Meldebogens die Möglichkeit, Fotos vom Sachverhalt hochzuladen. Diese Möglichkeit nehmen wohl besonders engagierte Hobby-Blockwarte wahr, um den Verrat am Mitbürger perfekt zu machen.

Corona–Anzeigen im Schutz der Anonymität

Bei einem weiteren Scrollen auf der Internetpräsenz der ehemaligen Kohle-Stadt wird darüber hinaus deutlich, dass die Kontaktdaten der meldenden Person nur optional angegeben werden müssen. Hinzu wird darauf hingewiesen, dass die Datenübertragung verschlüsselt erfolgt. Im Schutz der Anonymität können so missliebige Personen und Gruppen angeschwärzt werden, ohne mit dem eigenen Namen für die Meldung geradestehen zu müssen. Dass dieser Umstand die Denunziationshemmschwelle deutlich nach unten setzt und geradezu dazu einlädt, Nachbarn und missliebige Personen an die Behörden zu verpfeifen, kann sich jeder vorstellen.

Die Rückkehr der Blockwart–Mentalität

Schon an einem Wochenende vor dem Start des Portals hatte eine Meldung aus Brandenburg für Aufsehen gesorgt. Ein anonymer Hinweisgeber meldete der Polizei, dass eine vierköpfige Familie aus Berlin über das Wochenende in einem Ferienhaus in Neuruppin untergebracht sei. Da die Mitglieder der Familie bei der folgenden Polizeikontrolle keine negativen Corona-Tests nachweisen konnten, wird das zuständige Gesundheitsamt in den kommenden Tagen über die Konsequenzen entscheiden.

Im Lichte dieses Falls und des neuen Verpetzportals der Stadt Essen wird deutlich, wie sehr die Denunziationskultur in Corona-Zeiten zurück nach Deutschland gekehrt ist. Staatliche Behörden fördern diese Verpetzkultur und machen es willigen Bürgern im Schutz der Anonymität einfach Mitmenschen an die zuständigen Ämter auszuliefern. Dass mit dieser Praktik ein Klima des Misstrauens innerhalb der Bevölkerung gesät wird, scheint den zuständigen Behörden und Politkräften im Corona-Wahn nicht nur völlig egal, sondern begrüßenswert. Die gesellschaftliche Spaltung in Deutschland wird dank Portalen wie auf der Internetseite der Stadt Essen immer weiter vorangetrieben.

Screenshot des Denunziationsportals

Realsatire – Fundstücke im Netz

Grünen-Stadtrat in Leipzig, Jürgen Kasek zeigt auf Instagram deutlich, wie sich Linksradikale dem demokratischen Diskurs stellen wollen.

FREITAG, 10. APRIL 2020

Mehr Zeit in der Corona-Krise

Altmaier widmet sich dem Bodybuilding

Auch mit dem Fahrrad ist Altmaier derzeit unterwegs. (Foto: dpa)

Die einen machen Puzzle, andere lesen sehr viel - und Wirtschaftsminister Altmaier greift zu seinen Hanteln. Auch in seinem Alter und mit seiner Figur könne er noch "Bodybuilding" treiben, sagt er. Doch er beschäftigt sich auch noch anders.

In der Coronavirus-Krise hat Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier hin und wieder etwas mehr freie Zeit - und nutzt die, um ein altes Hobby wieder zu beleben. "Zu Hause liegen seit eh und je zwei Hanteln, die ich viel zu selten bewegt habe", sagte der CDU-Politiker der "Augsburger Allgemeinen".

Bundeswirtschaftsminister Altmaier kann der Corona-Krise auch Positives abgewinnen und nutzt die dazugewonnene Freizeit im Lockdown, um sich in Form zu bringen.

Ahnungslos und anmaßend

Cheblis Auftritt bei Kurt Krömer

Beliebter Netzartikel

Schon zahlreiche bekannte politische Akteure waren im RBB-Format „Chez Krömer“ zu Gast und mussten sich den Fragen des gleichnamigen Komikers stellen. Unter anderem hatte der Moderator schon CDU-Lobbyist Philipp Amthor, die Möchtegern-SPD-Nachwuchshoffnung Kevin Kühnert sowie das Gesicht der neulinken Liberalen, Konstantin Kuhle, zu Gast.

Am 13. Oktober begrüßte der 45-Jährige zum Auftakt der dritten Staffel Sawsan Chebli, Berliner Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales, in seinem Studio. Eine halbe Stunde löcherte Krömer die Sozialdemokratin mit Fragen zu Michael Müller, Sexismus und ihrer Familiengeschichte. Ganz am Rand wurde auch über politische Inhalte und die Ziele Cheblis diskutiert.

Nach diesem ausführlichen Interview ist klar geworden, dass die 42-Jährige, welche in den Bundestag einziehen wollte, inhaltlich überhaupt nichts zu sagen hat. Dafür rutschte der Staatssekretärin mit zunehmender Sendungsdauer umso mehr das Wort „Scheiße“ heraus: Allein achtmal Mal warf die Sozialdemokratin mit dem wohl bekanntesten Schimpfwort Deutschlands um sich.

Lesen Sie im Folgenden eine Zusammenfassung des Auftritts einer Politikerin, welche im Mutterschutz noch keinmal den Fernseher angemacht oder eine Zeitung aufgeschlagen hat.

Welcher Wochentag ist heute? Die Müller–Diskussion

Nach einer ausgiebigen Desinfektion der Hände und der Feststellung, dass die Sozialdemokratin gerne Leder trägt, startete Krömer das Gespräch mit einem unangenehmen Thema: Dem Wettkampf zwischen Chebli und ihrem Chef Michael Müller im Wahlkreis Charlottenburg-Wilmersdorf für die Listenaufstellung zur nächsten Bundestagswahl.
Schon als Krömer Chebli danach fragt, ob ihr Chef einen guten Job mache, weicht die Staatssekretärin auf unglaubwürdige Weise aus. Ernsthaft erläutert die ehemalige stellvertretende Sprecherin des Auswärtigen Amtes, im Mutterschutz nicht viel von der Arbeit des regierenden Bürgermeisters von Berlin mitzubekommen.

Auch auf die spaßig gemeinte Frage des Moderators, welcher Wochentag sei, findet die SPD-Frau erst nach sekundenlangem Grübeln eine Antwort. Wichtig scheint der SPD-Frau zu sein, dass sie nicht gegen Müller antrete, sondern Müller gegen Chebli. Dankbarkeit für den Mann, welcher die Staatssekretärin in ihren gut dotierten Posten einsetzte, ist im Interview nicht zu finden. Stattdessen spöttelt die Sozialdemokratin über den späten Twitter-Einstieg ihres Chefs und beschwert sich darüber, keine Benachrichtigung über dessen Bewerbung für den Wahlkreis erhalten zu haben. Nichts Neues bei den Genossen.

Cheblis Qualitäten und Karrierepläne

Inhaltslos geht es weiter, als Krömer danach fragt, weshalb ihre Kandidatur unterstützenswert sei. Politische Ziele folgen nicht, dafür eine selbstverliebte Aufzählung: Sie sei anders, mutig, jung, sie ecke an. Darüber hinaus verweist Chebli darauf, dass viele weiße, aber viel zu wenig Menschen mit Migrationshintergrund in der politischen Führung des Landes sitzen und ihre Bewerbung für eine Botschaft stehe.

Als Krömer inhaltlich mehr erfahren möchte und nach dem Desaster Flughafen BER fragt, muss wieder die Elternzeit-Ausrede ihr politisches Unwissen verschleiern. „Der wird schon." – gibt die Staatssekretärin zu Protokoll.

Besser wird es auch nicht, als Krömer wissen möchte, weshalb die SPD die richtige Partei für die Menschen sei. Nach einer langen Suche der richtigen Kamera fällt Chebli nichts Besseres ein, als auf die angeblich zusammenhaltende Wirkung der Sozialdemokratie für Deutschland zu verweisen. Ähnlich verwirrt zeigte sich die Genossin auf die Frage, wie viele Jahre ihre Partei schon den Bildungssenator in Berlin stellt. Einige Sekunden zuvor verwies Chebli in Anbetracht der desaströsen Umfragewerte für ihre Partei auf die vorverurteilende Meinung der Bürger. Am Ende ist scheinbar immer der böse Wähler schuld.

Natürlich kommt die Betonung ihres Migrationshintergrundes auch in diesem Interview nicht zu kurz. Aus der schwierigen Situation ihrer aus Palästina geflüchteten Familie sei bei Chebli der Wille entstanden, dass andere Politiker nicht über ihr Leben entscheiden sollen. Deswegen wolle sie unbedingt in die Erste Reihe und in den Bundestag einziehen.

Schnellfragerunde mit rot–rot–grünen Träumereien

Das Ende der Sendung leitet Krömer mit einer Schnellfragerunde zu politischen Themen ein. Dabei darf Chebli die gestellten Fragen nur mit ja oder nein beantworten. Rasend schnell befürwortet die Berlinerin ein rot-rot-grünes Bündnis nach der nächsten Bundestagswahl, ebenso eine generelle Corona-Impfpflicht. Eine Obergrenze für Flüchtlinge lehnt sie hingegen mit deutlichem Tonfall ab.

In der anschließenden Schlussrunde am Rednerpult wirkt die Staatssekretärin völlig überfordert. Die von Krömer gegebene Chance, SPD-Mitglieder in ihrem Wahlkreis zu erreichen, lässt die Berlinerin stotternd und kichernd aus. Stattdessen gibt es noch drei Mal innerhalb weniger Sekunden das Wort „Scheiße".

Wenige Inhalte, viel Polemik

Viel mehr als der die Migrationsgeschichte ihrer Familie und der erkennbare Karrierewillen Cheblis wird vom Fernsehauftritt bei Kurt Krömer nicht in Erinnerung bleiben. Fast allen politischen Fragen wich die Berliner Staatssekretärin mit der Elternzeit-Ausrede aus, die versprochenen neuen Impulse für ihre Parteien waren aus dem Interview nicht abzulesen. Eine reine Symbolpolitik hilft Deutschland jedoch nicht weiter.

Festzuhalten ist, dass Chebli von einem großen Teil der Menschen nicht kritisch gesehen wird, weil sie eine Frau ist oder Migrationshintergrund hat. Sie wird kritisch betrachtet, weil sie keine politischen Inhalte benennt und wenig Substanzielles zu entscheidenden Themen zu sagen hat. Aber der eigene Opfermythos ist auch einfacher.

Besuchen Sie meine Netzseite

www.sebastian-muenzenmaier.de

Beliebter Netzartikel

Das Jahr 2015 hat Deutschland für immer verändert. Angela Merkel und die Bundesregierung öffneten die Grenzen der Bundesrepublik, zahlreiche Migranten aus aller Welt strömten ohne Kontrolle der Identität ins Land. Die Silvesternacht in Köln oder der Terroranschlag vom Berliner Breitscheidplatz sind nur die unrühmlichen Höhepunkte einer neuen Gewalt- und Kriminalitätskultur, welche seit Merkels berühmten Ausspruch „Wir schaffen das" herrscht.
Auch unter dem Radar der breiten Öffentlichkeit sind Asylzuwanderer überdurchschnittlich oft an schweren Gewalttaten beteiligt. Eine Sonderauswertung der Polizeilichen Kriminalstatistik durch das Bundeskriminalamts zeigt, dass sog. Schutzsuchende in den letzten fünf Jahren besonders häufig als Tatverdächtige bei Körperverletzungsdelikten und Morden ermittelt werden. Bei jeder achten Gewalttat ist ein Zuwanderer der Beschuldigte, bei Tötungsdelikten zeigen sich ähnliche Zahlen.

Erschreckende Zahlen bei Migrantenkriminalität

Seit der Zuwanderungswelle 2015 wurden in Deutschland über 715.000 Tatverdächtige ermittelt, welche eine schwere oder gefährliche Körperverletzung begangen haben sollen. Davon sind allein 95.282 Beschuldigte sog. Asylbewerber. Auch andere Aufenthaltskategorien wie "Geduldete" oder "Schutzberechtigte" fallen in diese Zahlen. Hinzu kommen über 2500 Tatverdächtige, welche außerhalb der Statistik unter dem Status „unerlaubter Aufenthalt" geführt werden.

Bei Mord- oder Totschlagsdelikten liegen die Zahlen der Statistik in einem vergleichbar hohen Bereich. In den letzten fünf Jahren konnten 13.775 Tatverdächtige in der schwersten Deliktkategorie ermittelt werden, wovon in über 2000 Fällen Asylbewerber und weitere Menschen aus Aufenthaltskategorien beschuldigt sind. Dies entspricht einem Anteil von knapp 15 Prozent.

Migranten in der Gewaltstatistik überproportional vertreten

Aus den erhobenen Zahlen lässt sich ableiten, dass Asylzuwanderer im Verhältnis zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich oft als Tatverdächtige bei schweren Gewalttaten ermittelt werden. Die 1,3-1,6 Millionen Asylmigranten, welche zwischen 2015 und 2019 in Deutschland geführt wurden, machen einen Anteil von knapp zwei Prozent an der Gesamtbevölkerung aus. In den beschriebenen Deliktkategorien liegen die Werte bedeutend höher, zwischen 13 bis 15 Prozent. Der hohe Anteil an Männern und das junge Alter der Zuwanderer soll nach der Meinung von Kriminologen eine bedeutende Rolle für die erhöhte Straffälligkeit spielen.
Bemerkenswert ist an dieser Stelle, dass von den Behörden im Durchschnitt nur zu jeder zweiten Straftat Tatverdächtige ermittelt werden können. Die Dunkelziffer an Asyl-Gewalttaten könnte bedeutend höher liegen, als dies in den Zahlen des Bundeskriminalamtes dargestellt wird.

Asylgewalt außer Kontrolle

Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik belegen, dass in Deutschland ein großes Problem mit schwerer Asylgewalt existiert. Seit 2015 sind überdurchschnittlich viele vermeintlich Schutzsuchende an Delikten beteiligt, welche Leib und Leben der Opfer bedrohen. Mit Blick auf die jüngsten Ereignisse in Paris ist festzustellen, dass die Asylgewalt in Mitteleuropa vollständig außer Kontrolle geraten ist. Die unkontrollierte Masseneinwanderung hat Deutschland für immer verändert. Jedoch nicht zum Guten.

Die Gefahr des Linksextremismus in Deutschland

Vom Linksextremismus geht in Deutschland eine der größten Gefahren für unsere Demokratie aus. Wer diesen berechtigten Standpunkt vertritt, hat es heutzutage aber nicht leicht, denn das politische und mediale Establishment spricht nicht gerne über linksextremistische Umtriebe. Allenfalls nach besonders „spektakulären" Gewaltausbrüchen dieser äußerst aggressiven Szene, wie etwa bei den Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel in Hamburg, sind auch die Mainstream-Medien gezwungen diesem Thema etwas mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Doch selbst bei brennenden Vierteln und Gewaltexzessen wird die Gefahr durch Linksextremismus meist verharmlost oder gar beschönigt. Von „vereinzelten Chaoten" oder „übereifrigen Aktivisten" ist dann die Rede, die ja ein „eigentlich richtiges" Anliegen hätten und jetzt „ein bisschen über die Stränge schlagen".
Wer die harmlosen Sprechblasen links-grüner Journalisten links liegen lässt und sich etwas intensiver mit Linksextremismus in Deutschland beschäftigt, stößt schnell auf erschreckende Netzwerke, die bis hin zu den vermeintlichen „Eliten" in Politik und Journalismus führen.

Die große Gefahr des Linksextremismus besteht nicht zuletzt deshalb, weil weite Teile der Gesellschaft diesen stillschweigend dulden und Meinungsmacher wie Schauspieler, Prominente oder linke Politiker den Extremismus gezielt stärken.

Was ist Linksextremismus?

Zunächst zur Begriffsklärung: Extremismus per se ist eine politische Haltung, welcher eine fundamentale Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und eine Bereitschaft zur Gewaltanwendung innewohnt. Laut Definition des Bundesamtes für Verfassungsschutz ist Linksextremismus ein „Sammelbegriff für alle gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Bestrebungen, die auf einer Verabsolutierung der Werte von Freiheit und (sozialer) Gleichheit beruhen, wie sie sich insbesondere in den Ideen von Anarchismus und Kommunismus ausdrücken" – so weit, so kryptisch.
Linksextremisten wollen eine absolute politische Hegemonie, die auf Ihrer Ideologie basiert. Andersdenkende werden nicht nur nicht toleriert, ihnen erkennen sie die Grundrechte ab.

Wenn man die zahlreichen linksextremistisch motivierten Attacken auf patriotische Demokraten heranzieht, gilt dies insbesondere für das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Abweichende Meinungen werden nicht als Teil eines demokratischen Diskurses gesehen, sondern müssen nach der linksextremen Ideologie verfolgt und bekämpft werden. Viele Mitglieder oder Sympathisanten der AfD oder sogenannter „neurechter Kreise" durften bereits erfahren, was es heißt, auf der Abschussliste der Linksextremisten zu stehen.

So unterschiedlich die Ziele der vereinzelten linksextremistischen Gruppierungen auch sein mögen: der Hass auf Andersdenkende, die Ablehnung des Staates und die Überzeugung der Träger einer allein-selig-machenden Ideologie zu sein, sind die wesentlichen gemeinsamen Nenner ihrer menschenverachtenden Weltanschauung.

Die linksextremistische Szene in Deutschland

Die linksextreme Szene in Deutschland besteht laut offiziellen Behördenzahlen Ende 2019 aus 33.500 Personen in der Bundesrepublik, die diesem Spektrum zugeordnet werden. Davon sind 9.200 Linksextremisten, die als gewaltorientiert angesehen werden. Tendenz steigend.

Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die „Dunkelziffer" deutlich höher liegt, denn die linksextreme Szene steht längst nicht so im Fokus wie andere „Extremismusbereiche".

Wo auf der einen Seite der zum Regierenden-Schutz degenerierte „Verfassungsschutz" völlig willkürlich teilweise zwanzig Prozent der AfD-Mitgliedschaft eines Bundeslandes dem aufgelösten „Flügel" der AfD zurechnet und dann ohne weitere Begründung diese Personenzahl dem „rechtsextremen Personenspektrum" zugerechnet wird, braucht es auf der anderen Seite schon eines offenkundigen Bekenntnisses zu einer der linksextremistischen Gruppen in Deutschland, um als Linksextremist gezählt zu werden.

Man muss jedoch festhalten: die linksextreme Szene ist sehr unübersichtlich. Sie besteht aus Parteien wie der DKP, MLPD oder auch Untergliederungen der Linkspartei. Darüber hinaus gibt es zahlreiche Kleingruppierungen, die oft lokal agieren und nicht zentral organisiert sind. Man findet Autonome, Anarchisten, Antideutsche, Antifaschisten, Antiimperialisten und etliche weitere Ausprägungen, die jedoch alle eines eint: der „Kampf gegen Rechts" und die absolute Überzeugung, dass die eigene Meinung über allem anderen steht.

Antifa als Klebemittel des Linksextremismus

Der sogenannte „Antifaschismus" ist der wichtigste ideologische Eckpfeiler des Linksextremismus. Vordergründig geht es dabei um die Bekämpfung von „Faschisten" und des Rechtsextremismus. Über das vermeintlich richtig anmutende Anliegen der Antifa rekrutieren Linksradikale einen wesentlichen Teil ihres Nachwuchses und versichern sich der moralischen, politischen, logistischen und nicht zuletzt auch monetären Unterstützung aus Politik, Medien, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft.

Der Kampf gegen Rechtsextremismus und Faschisten ist dabei allerdings nur das plakative Etikett. Um in den Augen eines Linken als Faschist zu gelten, reicht es oft aus, eine abweichende Meinung zu vertreten. Eine der Einwanderungspolitik der letzten Jahre kritisch gegenüberstehende Haltung, ein positiver Bezug auf seine Heimat oder Region oder andere Meinung zum Gender-Quatsch sind genug, um von Linksextremen als Faschist oder Nazi gebrandmarkt zu werden.

Jede Kritik am antifaschistischen Beißreflex führt zur Stigmatisierung als „rechtsextrem". Das Weltbild der sogenannten Antifaschisten beschränkt sich auf „für oder gegen uns" bzw. „schwarz-oder-weiß".

Lüftet man den Deckmantel des plakativen „Antifaschismus“ offenbart sich ein Potpourri an menschenverachtenden Meinungen, besonders heraus sticht der Hass auf alles Deutsche.

„Deutschland verrecke“ und „Nie wieder Deutschland“ sind mittlerweile allseits bekannte und beliebte Slogans der Antifa und alles, was dazu beiträgt, dass die deutsche Kultur untergeht, wird frenetisch beklatscht.

Selbst die klassische Familie oder bürgerliche Tugenden wie Fleiß, Pünktlichkeit oder Verlässlichkeit sind dem gängigen „Antifanten“ ein Dorn im Auge – nicht zuletzt, weil dem typischen Linksextremen diese Tugenden wohl gänzlich fehlen, wie man an den Bildern aus der geräumten Liebig34 erkennen konnte.

Doch die Ausweitung des „Kampfes gegen Rechts“ auf alles Nicht-Linke sorgt dafür, dass viele Bürger völlig überrascht ins Fadenkreuz der Linksextremisten geraten und aus Angst ein regelrecht devotes Verhalten an den Tag legen. Das wiederum motiviert die kriminellen linken Gestalten die Kampfzone „gegen Rechts“ immer weiter auszudehnen und endet dann bei zerstörten Wahlkreisbüros von linken Abgeordneten der SPD.

Die heimlichen Unterstützer des Linksextremismus

Dass der Linksextremismus in Deutschland immer stärker an Bedeutung gewinnt, liegt nicht zuletzt an dessen mächtigen geistig-moralischen Unterstützerumfeld. Die Sympathisanten des Linksextremismus findet man überdurchschnittlich häufig in Redaktionsstuben großer Zeitungen und Zeitschriften und Lehranstalten wie Universitäten und Schulen. Die 68er, deren geistiges Fundament oftmals im harten Kommunismus oder einer weltfremden Ökosozialismus-Ideologie liegt, haben ihren angekündigten „Marsch durch die Institutionen“ vollzogen und sind an den Schaltstellen der Macht angekommen.

Das Bekenntnis zur Antifa ist heute in bestimmten Bereichen schon lange kein Ausdruck einer extremistischen Geisteshaltung mehr, sondern Voraussetzung, um in bestimmten Berufen zu arbeiten. Gerade Journalisten, Lehrer, Dozenten und Professoren, die sich entgegen den gängigen Antifa-Dogmen positionieren, müssen um ihren Arbeitsplatz fürchten, mindestens aber Einschnitte in ihr berufliches Fortkommen in Kauf nehmen.

Die Unterstützer des Linksextremismus hingegen müssen keinerlei Blatt vor den Mund nehmen. Saskia Esken darf sich als SPD-Vorsitzende frei von politischen Konsequenzen zur Antifa bekennen, obgleich dies eigentlich sogar verfassungsschutzrelevant wäre. Journalisten wie Georg Restle von der ARD machen auf Social-Media-Kanälen keinen Hehl aus ihrer Sympathie für Linksextremisten und können trotzdem auf ihren gebührenfinanzierten Posten bleiben. Gewerkschaften stellen Räume für militante Antifa-Wehrsport-Camps zur Verfügung ohne, dass sie Probleme mit Verfassungs- oder Staatsschutz bekommen. Bundestagsabgeordnete wie die Grüne Canan Bayram können sich offen zum Unterstützerkreis der Liebig34-Besetzer zählen und kaum eine Zeitung wagt es, diese Verbindungen zu kritisieren.

Bei der linksextremen Szene wird einfach nicht genau hingesehen und auch die Behörden verfolgen deren Straftaten oft nur inkonsequent. So fühlen sich Linksextremisten bei ihren Attacken auf Personen und Eigentum relativ sicher und verüben Gewalttaten am laufenden Band. Kommt es hin und wieder doch zu einem Einschreiten, wie bei der Räumung von Liebig34 oder der Verfolgung von Straftätern der G20-Krawalle in Hamburg, ist die Empörung in Politik und Medien groß. Schnell wird das Narrativ der rassistischen und rechtsgerichteten Polizei bemüht und auch damit wieder Widerstand gegen die Staatsgewalt und Angriffe auf Polizeibeamte moralisch legitimiert.

Behörden oft zaghaft bei Linksextremismus

Nicht zuletzt gehen die Verantwortlichen in den Behörden immer wieder sehr zaghaft mit dem gewaltbereiten Linksextremismus um. Das wird nicht zuletzt an den Vereinsverboten des Bundesinnenministeriums deutlich.

Seit Bestehen der Bundesrepublik wurden vom Bundesministerium des Inneren 20 Verbote im rechtsextremistischen und 14 Verbote im islamistischen Bereich erlassen. Im linksextremistischen Spektrum gab es nur ein einziges Verbot.

Schon allein daraus wird deutlich, dass die Entscheidungsträger in der Politik die Behörden dazu veranlassen, das linke Auge lieber einmal mehr zuzudrücken.

Bei dem einzigen Verbot im linksextremistischen Bereich handelte es sich um die linke Gewaltplattform „linksunten.indymedia“, eine Abspaltung des großen Hassportals „Indymedia“, das sensible Daten von Andersdenkenden veröffentlicht und zu Gewalt aufruft. Linke Straftäter brüsten sich dort mit ihren Taten und veröffentlichen Bekennerschreiben.

Kaum war das Verbot der Hetzseite vollzogen, wurde von linker Seite ein Empörungssturm über das korrekte und eigentlich selbstverständliche Handeln des damaligen Bundesinnenministers Thomas de Maizière entfacht.

Linksextremismus dringt in die gesellschaftliche Mitte

Linksextreme Auswüchse sind durch ständige Verharmlosungen, Relativierungen und Verherrlichung durch Politik und Medien mittlerweile nicht nur auf dem Vormarsch in die Mitte der Gesellschaft, sondern dort schon angekommen und spalten unsere Gesellschaft.

Nirgends wird dieses Phänomen deutlicher als bei der Migrationspolitik. Linksextreme haben schon immer die Parole „no border, no nation“ wie eine Monstranz vor sich hergetragen. 2015 wurde besonders deutlich, dass dies mittlerweile zu einem Dogma geworden ist. Bei Migration darf es, wenn es nach den linken Meinungsmachern und Politikern bis in die Union hineingeht, keine zwei Meinungen geben. Einwanderung ist laut linksextremistischer Lesart pauschal als „gut“ zu betrachten. Egal, wer da kommt. Dies ist durch konstante Berieselung aus Politikerreden und verzerrten Medienberichten zu einem Glaubenssatz verkommen. Jeder, der es wagt, Migration beschränken zu wollen, wird automatisch zum Rassisten, Faschisten oder zumindest zum Rechtsextremisten erklärt. Während der harte Kern der Linksextremisten unverhohlen davon spricht, den „Volkstod“ der Deutschen herbeiführen zu wollen, nutzen deren ideologische Helfer eine andere Methode, um die Absolutheit ihrer Ideologie zu festigen. Es ist kein Zufall, dass der Slogan „Refugees Welcome“, welcher seit 2015 jedem bekannt sein dürfte, aus der linksextremistischen Szene stammt und dann erst durch Journalisten und einzelne Politiker gezielt in die gesellschaftliche Mitte transportiert wurde.

Für die linke Meinungshegemonie wurde ein neuer Hypermoralismus in der Gesellschaft verbreitet. In der Einwanderungspolitik wird beispielsweise jede Maßnahme, politische Handlung und Doktrin als humanistisch oder schlicht „menschlich“ tituliert, welche Migration begünstigt. Im Umkehrschluss werden alle Gedanken, die sich um die Begrenzung derselben drehen, als inhuman oder unmenschlich gebrandmarkt.

Dieses infantile „Gut-Böse-Schema“ ist die größte Gefahr für die grundgesetzlich garantierte Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik und ist über die Jahre in nahezu jedes politische Diskussionsfeld eingedrungen.

Bei der Umweltpolitik ist jeder, der nicht den radikalen Forderungen einer Greta Thunberg oder Luisa Neubauer folgt, als Klimaleugner abgeurteilt oder zumindest in den Verdacht gestellt, der vermeintlich drohenden Klima-Apokalypse Vorschub zu leisten.

Wer die klassische Familie fördern möchte oder gar Anreize schaffen will, dass sich junge Mütter Zuhause um ihre Kinder kümmern, der ist sofort reaktionär, rückständig und nicht zuletzt antifeministisch.

Wer der These widerspricht, dass ein Mensch sich sein Geschlecht willkürlich aussuchen kann oder behauptet, es gebe zwei fest verankerte biologische Geschlechter, der ist homophob und steht der diversen Gesellschaft im Wege.

Natürlich unterscheiden sich die selbsternannten Moralwächter in der Methodik stark vom knallharten Linksextremisten. Ein linker Tendenzjournalist würde nicht selbst zum Pflasterstein greifen und diesen in Richtung von Andersdenkenden schleudern, dennoch wählt er mit dem Mittel der sozialen Ächtung nur ein feinsinnigeres Werkzeug mit dem gleichen Ziel: Einen linken Gedanken- und Meinungskorridor, dem sich jeder in der Gesellschaft zu fügen hat.

Die Gefahr des Linksextremismus und das Versagen der ehemals bürgerlichen Parteien

Die gute Nachricht lautet: der Linksextremismus ist in diesem Land noch nicht mehrheitsfähig. Die schlechte allerdings, dass er das auch gar nicht nötig hat. Wie konnte es passieren, dass linksradikale Gruppen und linksextreme Akteure in Teilen der Grünen, Linkspartei und SPD das Meinungsklima so stark beeinflussen konnten, dass es mittlerweile zu einer Mutprobe geworden ist, bürgerliche, konservative und rechte Ansichten in Deutschland zu vertreten.
Der Kern des Problems liegt nicht nur im Erfolg

der Linksextremen, sondern vor allem in der Feigheit ehemals bürgerlicher Parteien wie CDU / CSU und auch FDP. Angela Merkel war wohl der größte Treiber dieser fatalen Entwicklung. Mit Blick auf großstädtische Milieus hat sie ihrer Partei einen enormen Linksruck verordnet. Schritt für Schritt wurden nahezu alle bürgerlichen Positionen abgeräumt und gleichzeitig neue dezidiert linke Haltungen mit dem Framing von „Wir sind die Mitte“ als gesellschaftlicher Konsens installiert. Es ist schon absurd, dass die Union mit dem Zulassen von grenzenloser Migration ab dem Jahre 2015 die feuchten Träume der Linksextremisten erfüllte und heute die Antifa mit Gewalt gegen Merkel-Kritiker vorgeht. Während früher der gewaltbereite Teil der Linksextremisten noch gegen die Union demonstrierte, treten diese heute nicht selten als deren Verteidiger auf der Straße auf.

Die CSU hielt noch eine Weile dagegen, bevor am Ende doch der Opportunismus obsiegte und die bayerische Regionalmacht denselben Kurs einschlug. Auch die FDP ließ sich über die Jahre konsequent einschüchtern. Man erinnere sich daran, wie die politmediale Elite eine Hetzkampagne gegen Thomas Kemmerich in Gang setzte, als dieser sich mit den Stimmen der AfD gegen Bodo Ramelow bei der Wahl zum Ministerpräsidenten von Thüringen demokratisch durchsetzen konnte. Von Medien und Politik zum Abschuss freigegeben, gingen Linksextremisten auch mit Gewalt gegen Kemmerich, dessen Familie und die FDP vor. Parteibüros wurden angegriffen und Morddrohungen gegen die Familie Kemmerichs ausgesprochen. Christian Lindner und die FDP-Führung knickten unter dem Druck ein und ließen Kemmerich reumütig zurücktreten. Die extreme Linke hatte erneut Erfolg und ihren Willen bekommen. Schon kurz danach war der ehemalige DKP-Sympathisant Ramelow wieder im Amt.

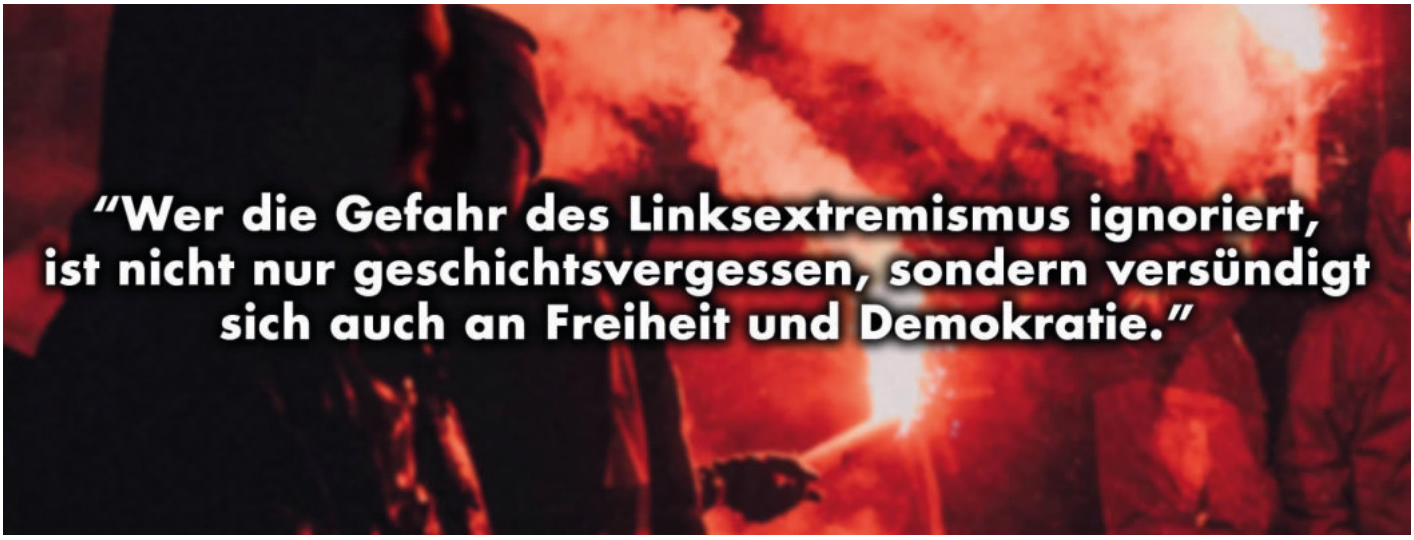
Dem Linksextremismus konsequent entgegenstellen

„Wer in der Demokratie schläft, wacht in der Dikatur auf“ oder „Wehret den Anfängen“ – so lauten beliebte Zitate von Linken, um den Menschen Angst vor einem Wiedererstarken eines angeblichen neuen Nazismus einzujagen. Diejenigen sollten sich lieber in ihrem eigenen Umfeld umsehen, denn dann würden sie feststellen, dass die Gefahr eines neuen Faschismus in diesem Lande vor allem von Links ausgeht.

Linksextremisten verbreiten in Deutschland ein Klima der Angst und der Unfreiheit. In weiten Teilen von Politik und Medien finden sie dabei willige Erfüllungsgehilfen, die für sie das gesellschaftliche Meinungsumfeld schaffen, damit diese dann auf der Straße nicht selten mit Gewalt in Aktion treten können.

Es braucht hingegen einen gesellschaftlichen Konsens, der jeder Form des Extremismus entschieden entgegentritt. Linksextremisten dürfen nicht verharmlost und deren Positionen dürfen nicht schleichend übernommen werden.

Die AfD ist die einzige Partei in den Parlamenten, die die Gefahr von Links benennt und ihr entschlossen begegnet. Der Kommunismus hat in seiner Geschichte bereits geschätzte 100 Millionen Todesopfer gefordert. Wer diese Gefahr ignoriert, ist nicht nur geschichtsvergessen, sondern versündigt sich auch an Freiheit und Demokratie.



Beliebter Netzartikel

Der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow, bei der diesjährigen Landtagswahl eigentlich abgewählt und nur durch einen noch nie dagewesenen Altparteien-Klüngel wieder ins Amt gehievt, ist für seine brutalen Ausraster und sein ungezügeltes Temperament bekannt. In Fernseh-Fernsehtalkshows beleidigte er in der Vergangenheit mehrmals die Moderatoren, bei einer Youtube-Fragerunde attackierte er einmal den Fragensteller sogar körperlich.Während einer hitzig geführten Landtagsdebatte hat Ramelow wieder einmal gezeigt, welch jähzornige und ungezügelte Art in ihm steckt. Als der Thüringer AfD-Abgeordnete Stefan Möller die Linkspartei verbal angriff, rastete der unverschämte Ministerpräsident völlig aus

Ramelow zeigt Mittelfinger und beschimpft Abgeordneten als "widerlichen Drecksack"

Der AfD-Landessprecher Möller hatte in der Debatte darauf hingewiesen, dass der ehemalige RAF-Terrorist Christian Klar im Jahr 2016 für einen Linken-Abgeordneten im Bundestag arbeitete.

Danach betitelte der Abgeordnete den Verfassungsschutz als skandalgeneigte Behörde und fragte den für viele Jahre von der Behörde überwachten Ministerpräsidenten:

„Wer da schon alles Tolles beobachtet wurde, nicht wahr, Herr Ramelow?"

Ramelow konnte sich daraufhin nicht zurückhalten – und zeigte Möller den Mittelfinger und bezeichnete Möller als „widerlichen Drecksack".

Eine primitive Geste und eine Beleidigung für das hohe Haus des Landtages. Björn Höcke, der Vorsitzende der Thüringer AfD-Fraktion, beantragte daraufhin die Einberufung des Ältestenrates des Landtages.

Keine Reue

Thüringens Linke-Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow, welche durch den kindischen Blumenstraußwurf gegen Thomas Kemmerich zweifelhafte Berühmtheit erlangte, zeigte anschließend keinerlei Reue für die primitive Geste ihres Parteifreundes:

„Ein Stinkefinger ist die einzig anständige Reaktion auf einen Unanständigen", schrieb sie bei Twitter. Auch Ramelow selbst zeigte sich wenig einsichtig. Ebenfalls auf Twitter schrieb der Ministerpräsident, dass er sich in seiner „antifaschistischen Grundhaltung niemals von der AfD instrumentalisieren lassen" werde. Nach Niveau, Würde oder Anstand sucht man im linken Spektrum wohl vergebens.

Ramelow eine Schande für den Landtag

Wiederholt hat die SED-Nachfolgerpartei um ihren aggressiven Heilsbringer Ramelow gezeigt, dass sie nicht würdig ist, dem Landtag in Thüringen vorzustehen. Die Mittelfinger-Geste von Rambo-Ramelow hat jegliches Mindestmaß an Anstand und Würde unterschritten und sollte jedem Thüringer zu denken geben. Möchte ein so stolzes Bundesland einen solch niveaulosen, jähzornigen Mann an der Spitze haben? Die Bürger haben im nächsten Jahr wieder die Wahl.

Aufruf zur Kampagne

Indymedia verbieten!

Indymedia ist eines der wichtigsten Organe des Linksextremismus in Deutschland. Dort können linksradikale Gruppen anonym ihre Botschaften verbreiten, unabhängig davon, ob der Inhalt strafbar ist. Neben Gewaltaufrufen, Morddrohungen und Bekennerschreiben zu Anschlägen findet der gewaltbereite Linksradikale dort auch Anleitungen zum Bau von Bomben und Molotowcocktails.

Immer wieder wird Indymedia auch als öffentlicher Pranger benutzt. Dort werden Klarnamen, Fotos, Adressen von Personen und deren Familien veröffentlicht, um die Betroffenen einzuschüchtern. Meist verbunden mit Aufrufen zur Gewalt. In den Fokus geraten dabei nicht nur Rechtsextremisten, sondern auch Konservative, Bürgerliche wie AfD-Mitglieder und -sympathisanten sowie Richter, Staatsanwälte, Polizisten und Unternehmer.

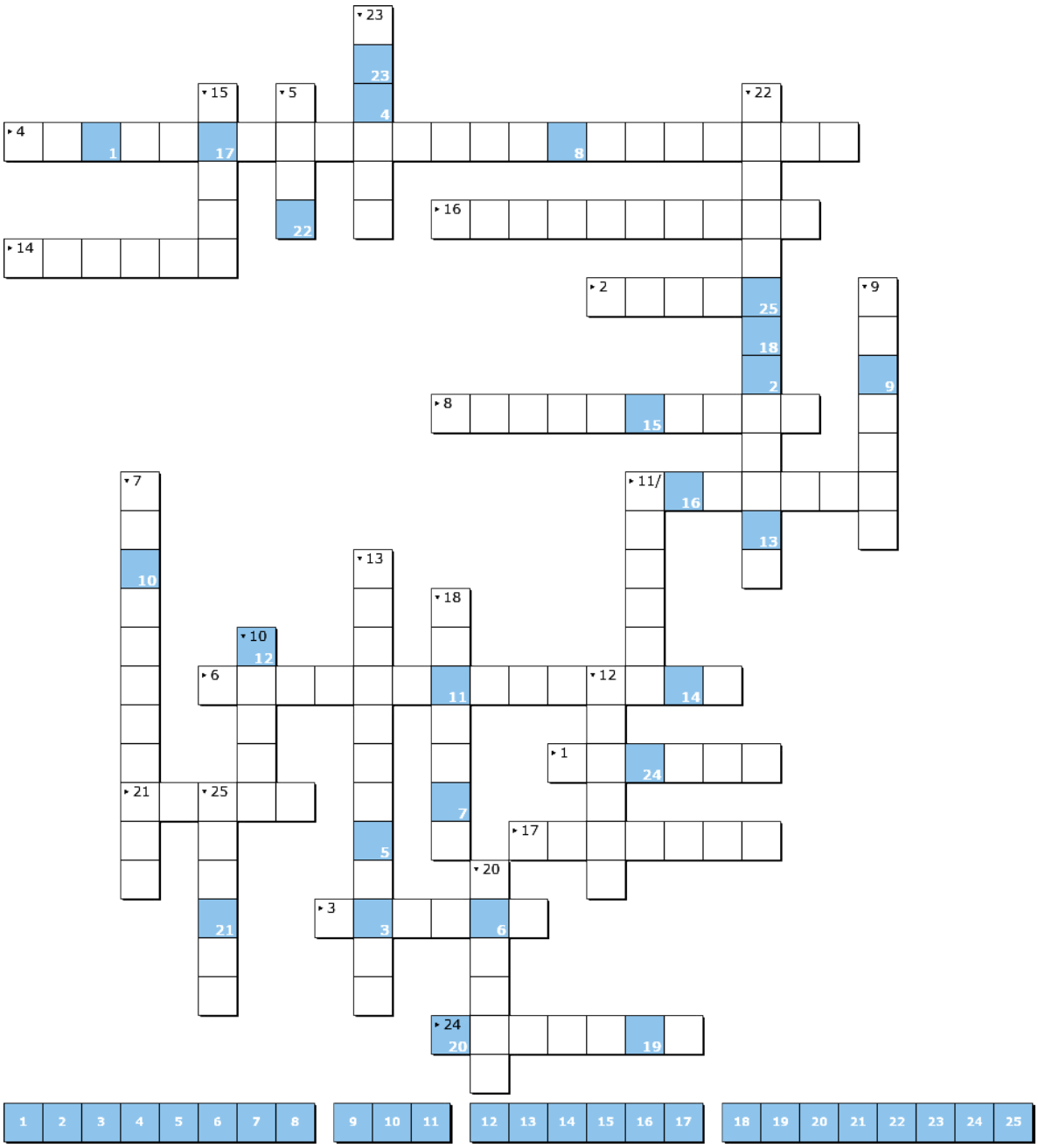
Indymedia ist unbestritten die zentrale Plattform für Linksextremisten. Das Bundesinnenministerium ist dringend gefordert, endlich wirksam gegen Extremismus vorzugehen.

Wir fordern: Indymedia Verbot jetzt!

Material & Informationen:
www.sebastian-muenzenmaier.de/indymedia-verbot

Rätsel

1. Welche SPD-Politikerin trat um das SPD-Direktmandat im Bezirk Berlin Charlottenburg-Wilmersdorf zur Bundestagswahl 2021 gegen ihren eigenen Chef an?
2. Über welche bekannte Behörde offenbarte Robert Habeck mehrmals große Wissenslücken?
3. Welcher AfD-Politiker oder Politikerin hat die meisten Gefällt mir-Angaben bei Facebook?
4. Welches Gesetz löste das Bundesseuchengesetz 2001 ab und ist wegen Corona in aller Munde?
5. Nachname des Namensgebers des Instituts, welches täglich die neuen Corona Fallzahlen veröffentlicht?
6. Wie viele Gesetze wurden neu geschaffen oder durch die Bundesregierung bisher in der Corona-Zeit geändert?
7. Wie heißt der älteste AfD-Politiker im deutschen Bundestag?
8. Wie heißt der jüngste AfD-Politiker im deutschen Bundestag?
9. Die Gründer der AfD heißen Fuhl, Robanus, Adam, Lucke und …?
10. Die AfD gewann bei der Bundestagswahl 2017 drei Direktmandate. Die Gewinner hießen Petry, Chrupalla und?
11. In welchem Bundesland fuhr die AfD mit 27,5 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis ein?
12. Welcher ehemalige SPD-Spitzenfunktionärin steht jetzt der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation vor?
13. In welcher deutschen Stadt fand im vergangenen Jahr der AfD-Parteitag statt?
14. In welchen Bundesländern wird im nächsten Jahr voraussichtlich ein neuer Landtag gewählt? Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und….?
15. Welcher AfD-Politiker bewarb sich um den Posten des Wehrbeauftragten?
16. Welcher Politiker leitet den Untersuchungsausschuss zum Wirecard-Skandal?
17. Welcher CDU-Abgeordnete verhinderte 1972 die Abwahl Willy Brandts aufgrund 50.000 Mark Stasi Schmiergeld?
18. Welcher Grünen Politiker trat 2002 aufgrund der sog. Bonusmeilenaffäre zurück?
19. Welcher SPD-Politiker verkündete vor der Groko-Bildung vollmundig den Satz: „In eine Regierung von Angela Merkel werde ich nie eintreten?“
20. In welcher Stadt fand der Gründungsparteitag der AfD statt?
21. Welche SPD-Politikerin bezeichnete sich selbst als Teil der Antifa?
22. Welchen Euphemismus verwendete Merkel unter anderem für den zweiten Lockdown?
23. Der AfD-Spitzenkandidat zur Rheinland-Pfalz-Wahl heißt?
24. Welche Linken-Politikerin war Mitglied im Netzwerk „Marx21“ und will jetzt Vorsitzende ihrer Partei werden?
25. Welche Grünen-Politikerin diffamierte Landwirte und machte sie für Corona mitverantwortlich?



Kontakt & Info

Meine Arbeit vor Ort

Neben meiner Tätigkeit als Abgeordneter in Berlin, versuche ich natürlich auch so oft wie möglich in meinem Wahlkreis Mainz und ganz Rheinland-Pfalz zu sein um mein Ohr stets beim Bürger vor Ort zu haben. Als „Exilpfälzer“ unterhalte ich bisher ein Abgeordnetenbüro in Pirmasens, ein weiteres Büro in Mainz ist in Planung.

Sie erreichen mein Wahlkreisbüro in Pirmasens unter folgender Adresse:

Abgeordnetenbüro Sebastian Münzenmaier
Kaiserstraße 2a
66955 Pirmasens

sebastian.muenzenmaier.ma04@bundestag.de

Gerne können Sie mit meinem Büroleiter in Pirmasens, Herrn Ferdinand Weber, Sprechstundentermine unter oben genannter E-Mail-Adresse vereinbaren – wir freuen uns auf Sie und Ihre Ideen!

Kontakt für Mainz und Umgebung
Natürlich stehe ich Ihnen auch in Mainz und Umgebung für Bürgersprechstunden, Anregungen und Ideen zur Verfügung, bitte vereinbaren Sie mit Herrn Stephan Stritter unter:
sebastian.muenzenmaier.ma03@bundestag.de einen Termin und lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Rheinland-Pfalz in Berlin optimal repräsentiert ist!

Antworten für das Kreuzworträtsel: 1. Chebli | 2. BaFin | 3. Weidel | 4. Infektionsschutzgesetz | 5. Koch | 6. Vierundzwanzig | 7. Von Gottberg | 8. Frohnmaier | 9. Gauland | 10. Hilse | 11. Sachsen | 12. Nahles | 13. Braunschweig | 14. Berlin | 15. Otten | 16. Gottschalk | 17. Steiner | 18. Özdemir | 19. Schulz | 20. Berlin | 21. Esken | 22. Wellenbrecher | 23. Frisch | 24. Wissler | 25. Künast

IMPRESSUM

Herausgeber und V.i.S.d.P.:
Sebastian Münzenmaier
Mitglied des Bundestags
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

Druck & Verlag:
Eigenverlag (E.i.S.)
Sebastian Münzenmaier
Platz der Republik 1
D-11011 Berlin

SEBASTIAN
MÜNZENMAIER